



Conference Papers on the Web

**The American Impact on Western Europe:
Americanization and Westernization in Transatlantic Perspective**

*Conference at the German Historical Institute
Washington, D.C., March 25–27, 1999*

Thomas Sauer
Der Kronberger Kreis: Christlich-konservative
Positionen in der Bundesrepublik Deutschland

Thomas Sauer

DER KRONBERGER KREIS: CHRISTLICH-KONSERVATIVE POSITIONEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND*

Als Eberhard Müller, der Gründer und Leiter der Evangelischen Akademie Bad Boll, im Sommer 1951 seine Denkschrift „Evangelische Zusammenarbeit“¹ verfaßte und mit den Eingangsworten „Wir stehen allein“ die Situation der Evangelischen in der jungen Bundesrepublik beschrieb, war nicht abzusehen, daß damit der Grundstein zu einem informellen Zusammenschluß gelegt wurde, der mehr als zwanzig Jahre Bestand haben sollte. Müller diagnostizierte in seiner Denkschrift eine historisch begründete institutionelle Schwäche des Protestantismus, der anders als andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften über keine festen Organisationen verfüge, in denen sich Gleichgesinnte bei der Durchsetzung der gemeinsamen Interessen gegenseitig unterstützen würden. Er forderte deshalb, einen Kreis von evangelischen Männern zu bilden, die im öffentlichen Leben verantwortungsvolle Positionen bekleideten und bereit seien, sich für protestantische Interessen einzusetzen. Durch gemeinsames Handeln, geistigen Austausch und gegenseitige Förderung und Unterstützung, werde es möglich sein, mehr Durchschlagkraft in den öffentlichen Auseinandersetzungen zu gewinnen. Müllers Vorstoß, der mit dem Kirchentagspräsidenten Reinold von Thadden und dem hannoverschen Landesbischof Hanns Lilje abgestimmt war, zielte darauf, unter den neuen Gegebenheiten der Bundesrepublik eine effektive Interessenvertretung der Protestanten im öffentlichen Raum zu fördern und ihnen in den politischen und gesellschaftlichen Debatten mehr Gewicht zu verleihen. Der Anstoß, der von Müller und seine Freunde ausging, war eine Reaktion auf die gänzlich veränderten politischen Konstellationen, mit denen sich die Protestanten in Westdeutschland mit der Teilung des Landes, der Gründung der Bundesrepublik und der Einbindung in das westliche Bündnissystem national wie international konfrontiert sahen: Die weltpolitische Bühne wurde vom Antagonismus der beiden Supermächte USA und UdSSR bestimmt, eine militärische Konfrontation zwischen den Machtblöcken schien den Zeitgenossen im Bereich des Möglichen zu liegen. In Deutschland waren aus der Teilung in vier Besatzungszonen zwei Staaten

* Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine erweiterte Fassung des Resümées aus Thomas Sauer, *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*, München 1999.

hervorgegangen, die in der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges zu ‚Frontstaaten‘ geworden waren und durch den ‚Eisernen Vorhang‘ getrennt waren. In der Bundesrepublik regierte als Bundeskanzler der katholische Parteivorsitzende einer neugegründeten – erklärtermaßen interkonfessionellen – christlichen Partei, der die Westbindung des jungen Staates als vorrangiges politisches Ziel verfolgte. Zudem hatten sich die Gewichte zwischen den Konfessionen in der neugegründeten Bundesrepublik verschoben. Erstmals seit der Gründung des Kaiserreichs herrschte in einem deutschen Staat konfessionelle Parität zwischen Protestanten und Katholiken. Zahlreiche Evangelische glaubten deshalb, der Protestantismus habe seine dominierende kulturelle und gesellschaftliche Stellung, die er nach 1871 errungen und auch nach dem Untergang der Monarchie bewahrt hatte, an den Katholizismus verloren. Ihnen schien es so, als sei mit den Unionsparteien der politisch bestens organisierte Katholizismus zur Macht gekommen. Aber nicht allein auf politischem und konfessionellem, sondern auch auf ideellem und kulturellem Gebiet gab es neue, bisher unbekannte Herausforderungen. Denn mit der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum ‚freien Westen‘ geriet die junge Demokratie unter den Einfluß der dominierenden westlichen Führungsmacht Amerika. Da die USA die Staaten innerhalb ihres Machtbereichs nicht allein bündnispolitisch, sondern darüber hinaus auch ideell und kulturell möglichst fest einzubinden und so gegenüber dem machtpolitischen und ideologischen Gegner abzuschotten suchten, waren zugleich mit dem politischen Bekenntnis zum Westen auch Wertentscheidungen gefordert: Im politischen Bereich bedeutete dies das Bekenntnis zur Demokratie verstanden als ein parlamentarisch-repräsentatives Mehrparteiensystem auf der Basis gleicher, freier und geheimer Wahlen, das Meinungsfreiheit und die grundlegenden Menschenrechte garantierte. Im kulturellen Sektor gehörte zum Bild des ‚Westens‘ die Freiheit von Wissenschaft und Kunst, von Forschung und Lehre sowie die wiedergewonnene Möglichkeit zum intellektuellen Austausch auf internationaler Ebene.² Auf ökonomischem Gebiet bedingte die Integration in den ‚Westen‘ ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes Wirtschaftssystem, das allein schon aufgrund der wirtschaftlichen Potenz der USA auf viele überzeugend wirkte. Vom amerikanischen Wirtschaftssystem ging eine Faszination aus,

¹ „Evangelische Zusammenarbeit“, Denkschrift Eberhard Müllers o. Ort, 27.7.1951, *Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll (EABB)*, Korr. 1945-54.

² In der Alltagskultur, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, trat an die Stelle eines zackig-militärischen Auftretens vor allem bei Jugendlichen ein betont ziviler Habitus nach amerikanischem Muster. Das brachte Veränderungen mit sich, die sich bis auf die Wahl der Kleidung und des Musikstils auswirken konnten und auch den sozialen Umgang miteinander neuen Konventionen unterwarf. Trotz gravierender schichtenspezifischer Unterschiede bildete sich so in den fünfziger Jahren eine Jugendkultur, die den endgültigen Abschied vom uniformierten, fähnenschwingenden und in Reih und Glied marschierenden HJ-Pimpf bedeutete; vgl. Kaspar Maase, *Bravo Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992.

die im kriegszerstörten Deutschland viele Menschen in ihren Bann zog, weil es schier unerschöpfliche Ressourcen freizusetzen schien und die Bevölkerung mit einem Warenangebot versorgte, von dem die Deutschen in den ersten Nachkriegsjahren nur träumen konnten. Die Vorstellung eines damals kaum vorstellbar hohen Lebensstandards für jedermann, einer in Technologie und Produktionskapazitäten unerreichbar überlegenen Wirtschaft und einer Chancengleichheit, die jedem den Zugang zu individuellem Wohlstand und Reichtum eröffnete, hat wesentlich dazu beigetragen, daß alternative Wirtschaftsmodelle schnell ihre Anziehungskraft verloren.

Freiheit, Demokratie, Marktwirtschaft sowie Individualität und Meinungspluralismus gehörten demnach als Kernpunkte zum Selbstverständnis des ‚freien Westens‘ und waren essentielle Bestandteile einer Ideologie, die identitätsstiftend wirken sollte, um so dem antikommunistischen Bündnis zusätzlich Stabilität zu verleihen. Dieses Ideologieangebot vorwiegend US-amerikanischen Ursprungs verfolgte ein doppeltes Ziel: Einerseits sollten auf zwischenstaatlicher Ebene die Partner der USA in einem europäisch-atlantischen Bündnissystem nicht nur militärisch, wirtschaftlich und politisch, sondern auch ideell eng miteinander verflochten werden; andererseits sollten im innerstaatlichen Bereich unterschiedliche, teilweise ehemals verfeindete Gruppen durch gemeinsame Wertvorstellungen fest in die jeweilige Gesellschaft integriert werden, um so deren Widerstandskraft gegen ideologische und politische Destabilisierungsversuche zu stärken. Dieses doppelte Integrationskonzept, das den Hegemonieanspruch der Vereinigten Staaten von der politischen auf die ideell-kulturelle Ebene ausdehnte, war dabei jedoch nicht darauf aus, genuin amerikanische Ideen einfach zu oktroyieren, sondern es ließ nationalen Spielarten westlich-demokratischen Denkens Raum.

Wie reagierten die Protestanten in der Bundesrepublik auf die neuen welt- und deutschlandpolitischen Realitäten? Wie haben sie sich auf die neuen Herausforderungen eingestellt und wie verhielten sie sich gegenüber dem westlichen Ideologieangebot?

Eine Antwort auf diese Fragen ist vor allem deshalb nicht einfach, weil die deutschen Protestanten tief gespalten aus dem Kirchenkampf hervorgegangen waren und sich die während des Dritten Reiches aufgebrochenen Konflikte zwischen den verschiedenen Flügeln der evangelischen Kirchen auch in der Bundesrepublik fortsetzten. Auf der einen Seite standen die „deutschen Bathianer“,³ die zumeist den ‚radikalen‘ Bruderräten angehörten, sich auf die

³ Mit dieser Bezeichnung ist hier und im Folgenden nicht eine theologische Schule im engeren Sinne gemeint, sondern die Zugehörigkeit zu einer theologisch-geistesgeschichtlichen Traditionslinie. Entsprechendes gilt für den Begriff „Lutheraner“, der weder im konfessionell-landeskirchlichen Sinn noch streng theologisch gebraucht wird, sondern ebenfalls die Zugehörigkeit zu einer bestimmten kirchlichen Gruppe ausdrücken soll. In beiden Richtungen gab es innerhalb einer gewissen Bandbreite

Theologie Karl Barths beriefen und sich dessen Analyse des deutschen ‚Sonderwegs‘⁴ zu eigen machten.⁵ Barth, der bedeutendste theologische Kopf der Bekennenden Kirche, hatte aufgrund seiner Überlegungen gefordert, die „innere Remedur des deutschen Wesens dürfe sich nicht nur auf die Hitlerzeit erstrecken, sondern müsse bis auf deren Wurzeln in der Zeit Bismarcks, ja Friedrichs des Großen zurückgehen.“⁶ Er trat deshalb für einen tiefgreifenden Neuanfang in Kirche und Gesellschaft ein und warnte schon 1945 eindringlich vor restaurativen Tendenzen: „Und Restauration allein, sei es in der Verwaltung, sei es in der Wirtschaft, sei es in der Kirche, sei es in der Schule, sei es im Lebensstil – Restauration allein heißt Reaktion, Wiederherstellung der alten Gefahrenquellen.“⁷

Auf der anderen Seite standen die vorwiegend in den sogenannten „intakten“ Landeskirchen beheimateten „Lutheraner“, deren Positionen hinsichtlich eines kirchlichen Neuanfangs nach 1945 am Beispiel des Württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm verdeutlicht werden können. Auch Wurm warnte vor einer simplen Restauration der Verhältnisse vor 1933. Er verband allerdings mit seiner Warnung ganz andere Vorstellungen als Barth und seine Anhänger. Der Landesbischof hielt einen teilweisen personellen Neuanfang in den Kirchenleitungen durchaus für notwendig,⁸ am ekklesialen Grundkonzept aber sollte festgehalten werden. Die Volkskirche, für deren Erhalt er sich – letztendlich erfolgreich – während der NS-Zeit eingesetzt hatte, besaß für ihn eindeutig Priorität gegenüber alternativen Kirchenmodellen.⁹ In einer

Unterschiede in den theologischen Ansichten; sie werden im Rahmen dieses Überblicks aber zugunsten der Gruppenbezeichnungen zurückgestellt.

⁴ Zur Sonderwegsdebatte vgl. Helga Grebing, *Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1800–1945. Eine Kritik*, Stuttgart-Berlin u.a. 1986; Bernd Faulenbach, „‚Deutscher Sonderweg‘. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins“, in: *APuZ* 33/1981, 3–21; ders., *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980; *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität. Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte*, München-Wien 1982.

⁵ Barth führte in seiner theologischen Kritik am Luthertum die negative Kontinuitätslinie direkt auf Luther zurück: „Das deutsche Volk leidet an der Erbschaft des größten christlichen Deutschen: an dem Irrtum Martin Luthers hinsichtlich des Verhältnisses von Gesetz und Evangelium, von weltlicher und geistlicher Ordnung und Macht, durch den sein natürliches Heidentum nicht sowohl begrenzt und beschränkt als vielmehr ideologisch verklärt, bestätigt und bestärkt worden ist.“ (zitiert nach Wolfgang Huber, *Kirche und Öffentlichkeit*, Stuttgart 1973, 437). Siehe dazu Manfred Jacobs, „Die Entwicklung des deutschen Nationalgedankens von der Reformation bis zum deutschen Idealismus“, in: Horst Zillesen (Hg.), *Volk – Nation – Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus*, Gütersloh 1970, 51–110, hier 51 f.

⁶ Karl Barth, „How my mind has changed“, in: Karl Kupisch (Hg.), *„Der Götze wackelt“. Zeitkritische Aufsätze, Reden und Briefe von 1930 bis 1960*, Berlin 1961, 181–209.

⁷ Karl Barth, *Ein Wort an die Deutschen. Vortrag gehalten auf Einladung des württembergischen Ministeriums des Innern im Württ. Staatstheater zu Stuttgart am 2. November 1945*, Stuttgart [1946], 23.

⁸ Der Landesbischof von Hannover beispielsweise, August Marahrens, war aufgrund seiner mangelnden Distanz gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern auch in den Augen Wurms eine Belastung für die evangelische Kirche; vgl. Herbert, *Kirche zwischen Aufbruch und Tradition*, 52.

⁹ Vgl. Greschat, „Weder Neuanfang noch Restauration“, 166–168.

radikalen Neuordnung, einer rigorosen Abkehr von der bisherigen kirchlichen Struktur und einem totalen Neubeginn der Kirche ‚von unten‘, von den Gemeinden her, wie von Barth oder Niemöller gefordert, mußte Wurm deshalb eine Infragestellung all dessen erkennen, was er im Kirchenkampf gegen den Anspruch des Nationalsozialismus verteidigt hatte. Die Volkskirche jetzt, nachdem das Dritte Reich überstanden war, den kleinen innerkirchlichen Oppositionsgruppen zu opfern, kam deshalb nicht in Frage. Wurm wußte in dieser Frage die Mehrheit der Kirchenleitungen und der Gemeinden hinter sich, denn: „Die radikalen Reformer, theologisch zumeist an Barth orientiert, stellten auch innerhalb der Bruderräte nur eine, wenn auch wortgewaltige, Minderheit dar.“¹⁰

Als im Streit um einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik zur Verteidigung Westeuropas die prominentesten Vertreter dieser Minderheit, Gustav Heinemann und Martin Niemöller, ihren Protest gegen die Politik der Bundesregierung öffentlichkeitswirksam erhoben,¹¹ formierten sich auch ihre innerkirchlichen Gegner. Der Streit um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik wurde so zum eigentlichen Anlaß der Gründung des Kronberger Kreises; der Zusammenschluß hatte aber von Beginn an weiterreichende Ziele, als nur Parteigruppierung im innerkirchlichen Meinungsstreit zu sein. Dies wurde in den Eingangreferaten deutlich, in denen die Initiatoren des Kreises, Eberhard Müller, Hanns Lilje und Reinold von Thadden¹² bei der

¹⁰ Clemens Vollnhals, *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949. Die Last nationalsozialistischer Vergangenheit*, München 1989, 33.

¹¹ Gustav Heinemann schied im Oktober 1950 wegen unüberwindbarer Differenzen mit Adenauer in der Militär- und Sicherheitspolitik aus dem Kabinett aus. Sein Rücktritt wirkte wie ein Fanal. Da er als Präses der gesamtdeutschen Synode der EKD zu deren bekanntesten Repräsentanten zählte, konnte seine Entscheidung in der Öffentlichkeit als Votum der EKD gegen die Pläne des Bundeskanzlers interpretiert werden. Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*, Stuttgart ³1986, 728-735; Diether Koch, *Heinemann und die Deutschlandfrage*, München ²1972, 182-193; Johanna Vogel, *Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Evangelischen Kirche in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949-1956*, Göttingen 1978, 120-123.

¹² Müller (1906-1989) stammte aus einer pietistisch geprägten bürgerlichen Familie Schwabens. Von 1940 bis 1945 nahm er als Wehrmachtgeistlicher am II. Weltkrieg teil, nach dem Krieg gründete er in Bad Boll die erste Evangelische Akademie in Deutschland, der er bis 1972 als Direktor vorstand. Müller war Mitglied in zahlreichen kirchlichen Gremien, etwa dem Leiterkreis der Evangelischen Akademien, der Kammer für soziale Ordnung der EKD oder der Synode der EKD.

Lilje (1899-1977), dessen Vater Diakon war, nahm am I. Weltkrieg teil und studierte danach Theologie und Kunstgeschichte. 1944 wegen Kontakt zum Widerstand vom Volksgerichtshof verurteilt, kam er 1945 wieder frei und wurde Oberlandeskirchenrat in Hannover. 1947 wurde er zum Bischof der hannoverschen Landeskirche gewählt. Von 1952 bis 1957 war er Präsident des Lutherischen Weltbundes und von 1945 bis 1973 Mitglied des Rates der EKD.

Thadden (1891-1976) entstammte einer pietistischen Familie aus Pommern, deren Lebensart typisch für die damalige Kultur der ostelbischen Junker gewesen ist. Nach dem Jurastudium war er zunächst im staatlichen Verwaltungsdienst tätig und widmete sich danach der Bewirtschaftung seines Gutes Trieglaff. Als Mitglied des Preußischen Bruderrates wurde er mehrfach von der Gestapo verhaftet. Im Krieg war er als militärischer Verwaltungskommandant von Löwen in der Militärverwaltung Belgiens tätig. 1944 aus der Wehrmacht ausgeschieden, wurde Thadden auf seinem Gut von sowjetischen Truppen verhaftet und deportiert. Ende 1945 kehrte er schwerkrank nach Deutschland zurück. Nach der Genesung arbeitete er zunächst in Genf für den Ökumenischen Rat. 1949 proklamierte er in Hannover den Deutschen

‚Gründungsversammlung‘ am 26. und 27. Oktober 1951 ihre Vorstellungen erläuterten. Der Kreis solle als informeller Elitenzirkel daran mitwirken, eine staatstragende Schicht evangelischer Christen mit Anziehungskraft für die jüngere Generation zu sammeln und sie zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuführen. So könne der evangelische Einfluß gegenüber den Katholiken gestärkt und behauptet werden. Darüber hinaus sei es einer gemeinsam und geschlossen agierenden Gruppe möglich, auch in allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ihre Stimme zu Gehör zu bringen und in der politischen Willensbildung eine wichtige Rolle einzunehmen. Eberhard Müller verwies in seinem Redebeitrag auf das Vorbild der USA, wo es neben dem Parlament eine Vielzahl von Gruppierungen gebe, die sich für das Schicksal der Gesellschaft verantwortlich fühlten und deshalb an deren Gestaltung mitwirkten. In Deutschland bestehe in dieser Hinsicht besonders in evangelisch bürgerlichen Kreisen eine Lücke, die durch den Kronberger Kreis geschlossen werden könne.¹³

Da die Mitglieder des Kreises entschlossen waren, den Kurs Adenauers hin zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Integration der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft zu unterstützen, befürchteten sie, die regierungskritische Niemöller-Heinemann Richtung, die einen deutschen Militärbeitrag entschieden ablehnte, könne zu einer ernstzunehmenden Gefahr für die Politik des Kanzlers werden. Die erste ‚Aktion‘ des Kronberger Kreises richtete sich deshalb gegen die kirchlichen Wiederbewaffnungsgegner. Aus mehreren Entwürfen, die verschiedene Mitglieder des Kreises vorgelegt hatten, wurde beim zweiten Treffen am 19. und 20. Januar 1952 eine Denkschrift konzipiert, deren Kernaussage ein deutliches Ja zur Adenauerschen Wiederbewaffnungspolitik beinhaltete. Die Haltung der Wiederbewaffnungsgegner wurde darin als einem „irrenden Gewissen“ entspringend verurteilt und die Entscheidung für oder gegen den Wehrbeitrag als eine Entscheidung der politischen Vernunft bezeichnet, bei der Christen durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen könnten.¹⁴ Obwohl die Aussage zur Gewissensentscheidung in der endgültigen Fassung¹⁵ noch dahingehend abgemildert wurde, daß die Verurteilung der Wiederbewaffnungsgegner zurückgenommen und lediglich erklärt wurde, auch die Zustimmung zum Wehrbeitrag sei gewissensmäßig erlaubt,

Evangelischen Kirchentag als Einrichtung in Permanenz. Dem Kirchentag, seinem Lebenswerk, stand Thadden bis 1963 als Präsident vor; außerdem gehörte er nationalen wie internationalen kirchlichen Gremien an, etwa der Synode der EKD oder dem Zentralkomitee des Weltkirchenrates.

¹³ Die Zusammenfassung der Eingangsreferate beruht auf dem handschriftlichen Protokoll Erich Ruppels vom 26./27.11.1951, *Landeskirchliches Archiv Hannover (LkA Hannover)*, N 60, 374.

¹⁴ Denkschrift ‚Wehrbeitrag und christliches Gewissen‘, *EABB*, AZ 90/3.

¹⁵ Die endgültige Fassung ist abgedruckt bei Eberhard Müller, *Widerstand und Verständigung. Fünfzig Jahre Erfahrungen in Kirche und Gesellschaft 1933-1983*, Stuttgart 1987, 132 f., sowie im *Kirchlichen Jahrbuch (KJ)* 79. 1952, 14-17.

wurde die Denkschrift ‚Wehrbeitrag und christliches Gewissen‘ in der Öffentlichkeit als mehrheitliche Zustimmung der Kirche zu den Wiederbewaffnungsplänen gewertet. Diesen Eindruck zu erwecken, lag durchaus in der Absicht der Autoren der Denkschrift und insbesondere der umtriebige Akademieleiter aus Bad Boll, Eberhard Müller, der für die Publikation des Textes verantwortlich zeichnete, hatte das seine dazu beigetragen, eine möglichst breite öffentliche Wirkung zu erreichen. Er hatte nicht nur versucht, möglichst viele prominente und einflußreiche Persönlichkeiten, darunter die Bischöfe der evangelischen Landeskirchen, zur Unterschrift zu bewegen, sondern auch die gleichzeitige Veröffentlichung in überregionalen Zeitungen in die Wege geleitet. Am 19. Februar 1952 wurde der Text – zumeist nur auszugsweise und nicht wie von den Autoren erhofft in voller Länge – in der Presse abgedruckt. Mit den Schlagzeilen, die er machte, konnten die Mitglieder des Kronberger Kreises zufrieden sein: „Bischöfe warnen vor Waffenlosigkeit“, „Keine göttliche Weisung gegen Wehrbeitrag“,¹⁶ „Evangelische Kirchenführer gegen Gewissenszwang in politischen Fragen“¹⁷ oder „Theologen bejahen Wehrbeitrag“¹⁸ lauteten die Schlagzeilen, unter denen über die Denkschrift berichtet wurde. Zwar mußte Müller, der bei einer Reihe der Unterzeichner die Funktions- oder Amtsbezeichnungen hatte hinzusetzen lassen, um den Eindruck breitester Zustimmung zu verstärken, einige Tage später einen Rückzieher machen und öffentlich erklären, sie hätten nicht in ihrer amtlichen Eigenschaft, sondern als Privatperson unterschrieben, insgesamt konnte aber auch das „in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck einer im wesentlichen wiederaufrüstungswilligen evangelischen Kirche“ nicht mehr erschüttern.¹⁹ Die erste ‚Aktion‘ des Kronberger Kreises, der mit dem Ziel angetreten war, politischen Einfluß auszuüben, war ein voller Erfolg geworden.²⁰

Der innerprotestantische Streit um die Wiederbewaffnungspolitik wurde in den frühen fünfziger Jahren auch deshalb mit besonderer Schärfe und Erbitterung geführt, weil nicht selten – auf beiden Seiten – theologische und politische Argumente und Urteile untrennbar miteinander

¹⁶ Zitiert nach *KJ* 79. 1952, 17.

¹⁷ Zeitungsausschnitt aus der ‚Neuen Zeitung‘ vom 19.2.1952, *LkA Hannover*, L 3 III, 448.

¹⁸ Titel der ‚Welt‘ vom 19.2.1952, zitiert nach Uwe Walter, „Welt in Sünde – Welt in Waffen. Der Streit um die Wiederbewaffnung“, in: Manfred Fischer (Hg.), *Fünfzig Jahre Evangelische Akademie Bad Boll. Aufbruch zum Dialog. Auf dem Weg zu einer Kultur des Gesprächs*, Stuttgart 1995, 128.

¹⁹ Vogel, *Kirche und Wiederbewaffnung*, 167. Zu ähnlichen Wertungen kommen auch Herbert, *Kirche zwischen Aufbruch und Tradition*, 192, und Koch, *Heinemann*, 299.

²⁰ Ein Erfolg allerdings, der sich nicht wiederholen sollte. Der Kronberger Kreis ist später nur noch ein Mal mit einem Dokument an die Öffentlichkeit getreten (Denkschrift „Steuerethos und Staatsgesinnung“, vgl. Sauer, *Westorientierung*, 114-117), das inhaltlich dürftig war und öffentlich kaum beachtet wurde. Der Kreis entwickelte sich daraufhin zu einem reinen Gesprächszirkel, der nicht auf spektakuläre Außenwirkung bedacht war.

verwoben wurden und der zugrundeliegende Dissens weitaus tiefer reichte als bei vordergründiger Betrachtung zu bemerken war. Im Kern ging es nämlich nicht nur um die Frage, Wehrbeitrag ja oder nein, sondern vielmehr darum, ob der Wiedervereinigung oder der Westintegration der Vorrang einzuräumen sei²¹ und welcher Weg am schnellsten zur Wiedervereinigung des geteilten Landes führen werde. Daran anknüpfend ging es auch ganz grundsätzlich um die Zukunft eines künftig geeinten deutschen Nationalstaates – und zwar in politischer wie ideeller Hinsicht. Und hier lagen die Positionen der meinungsführenden Persönlichkeiten in den beiden aus der Bekennenden Kirche hervorgegangenen Strömungen des deutschen Protestantismus nicht weniger weit auseinander, sondern waren im Grunde genauso unvereinbar, wie in der konkreten Entscheidung für oder gegen einen deutschen Militärbeitrag. Denn die im Umfeld Heinemanns und Niemöllers favorisierten Vorschläge für ein vereintes, neutralisiertes Deutschland zwischen den Blöcken, das sich unbeeinträchtigt von den weltpolitischen Konflikten in der Mitte Europas behaupten sollte, waren den klassischen deutschen nationalstaatlichen Denkkategorien verpflichtet, die tief im protestantischen Bewußtsein verankert waren. Hier wirkte die althergebrachte, national verengte Perspektive weiter, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik viele Protestanten zu einem übersteigerten Nationalismus verführt hatte. Auch wenn Heinemann und seine politischen Weggefährten davon weit entfernt waren, entsprach ihre Sichtweise weit stärker ursprünglich deutschen Traditionen als die Vorstellungen der internationaler und ‚westlicher‘ denkenden *Kronberger*

Woher aber bezogen die Mitglieder des Kronberger Kreises ihre Ideen und wovon waren sie beeinflusst? Ihrer Herkunft nach waren die meisten *Kronberger* tief im vorwiegend nationalkonservativ geprägten Protestantismus des Kaiserreichs verwurzelt. Sie entstammten fast alle religiös fest verankerten bürgerlich-konservativen Familien und hatten hierdurch ihre primäre Sozialisation erfahren. Die wichtigste Phase ihrer persönlichen Entwicklung fiel in die Weimarer Zeit und hier wurden die Weichen gestellt, die es ihnen später ermöglichten, Positionen zu vertreten, die sowohl mit denen der ‚Barthianer‘ unvereinbar waren, wie auch von denen derjenigen Protestanten deutlich abwichen, die ungebrochen an der nationalkonservativen Tradition festhielten. Entscheidend waren dafür die Erfahrungen, die die Initiatoren des Kreises

²¹ Die Entscheidung der *Kronberger* in dieser Frage war schon in den frühen fünfziger Jahren klar: Für sie rangierte die Westintegration vor der Wiedervereinigung. Robert Tillmanns hatte dies auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Hermannsburg im Dezember 1951 unzweideutig klargemacht: „Die Zusammenarbeit mit dem Westen auf allen Gebieten liegt also vor dem Streben nach der deutschen Einheit.“ (Protokoll der Akademietagung: Gespräch um den deutschen Verteidigungsbeitrag vom 3. bis 6. Dezember 1951, 13, LkA Hannover, L 3 III, 448).

durch ihre internationalen Kontakte sammeln konnten. Lilje, Thadden und Müller lernten sich während der Weimarer Jahre kennen und waren zusammen in der Führungsspitze der *Deutschen Christlichen Studenten-Vereinigung (DCSV)* tätig.²² Die *DCSV*,²³ deren Wurzeln im deutschen Pietismus und in der angelsächsischen Evangelisationsbewegung lagen, war Teil einer weltweiten christlichen Studentenorganisation, der *World Student Christian Federation (WSCF)*.²⁴ Durch die Mitarbeit in der transnationalen kirchlichen Organisation wurde für die Mitglieder der *DCSV* Verbandsleitung die von ökumenischem Geist getragene Kooperation über Länder- und Konfessionsgrenzen hinweg eine Selbstverständlichkeit. Bei zahlreichen Auslandsreisen konnten sie Erfahrungen sammeln und persönliche Freundschaften schließen. Gute Fremdsprachenkenntnisse haben diese Kontakte erheblich erleichtert. Hanns Lilje, als Generalsekretär der *DCSV* engster Mitarbeiter des Vorsitzenden Reinold von Thadden, sprach nicht nur Englisch, sondern auch Französisch; von Thadden selbst hatte einen Teil seines Studiums in Frankreich absolviert und sprach fließend Französisch. Vor allem Lilje war in den zwanziger und dreißiger Jahren häufig im Ausland, zwischen 1929 und 1939 unternahm er insgesamt 17 Auslandsreisen, die ihn unter anderem nach Indien, fünf Mal nach England und drei Mal in die USA führten.²⁵

Die während der Weimarer Jahre geknüpften Kontakte und die dabei gesammelten Erfahrungen bedingten eine Grunddisposition, die dazu neigte, nationale Grenzen zu transzendieren und für nicht genuin deutsches Gedankengut offen zu sein. Der Ausgangspunkt für die spätere Ablösung des „nationalprotestantischen Paradigmas“²⁶ lag also bei den künftigen *Kronbergern* schon in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren. Die Bedeutung der internationalen Kontakte, die bei

²² Reinold von Thadden wurde 1928 Vorsitzender der *DCSV* und bildete mit Generalsekretär Lilje die Führungsspitze des Verbandes. Eberhard Müller stieß 1932 als dritter hinzu und übernahm die Aufgabe eines Reisesekretärs der *DCSV*. 1935 übernahm er Liljes Funktion als Generalsekretär der *DCSV*, weil Lilje zum Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes berufen worden war. Alle drei waren maßgeblich an der Organisation und Durchführung der Evangelischen Wochen während des Dritten Reiches beteiligt, bis diese 1937 verboten wurden.

²³ Zur Geschichte der *DCSV* vgl. Karl Kupisch, *Studenten entdecken die Bibel. Die Geschichte der Deutschen Christlichen Studenten-Vereinigung*, Hamburg 1964.

²⁴ Die *World Student Christian Federation* war evangelikal und trieb in diesem Sinne Mission, ihre Arbeit war also stärker nach ‚außen‘, auf die ‚Welt‘, als nach ‚innen‘, auf die Kirche, gerichtet. Der überkonfessionelle und internationale Charakter des Zusammenschlusses sowie seine organisatorische Selbständigkeit waren Ausdruck dieser Zielsetzung.

²⁵ Lilje unternahm einen Teil dieser Reisen in seiner Funktion als europäischer Vizepräsident der *WSCF*. 1928 in dieses Amt gewählt, war er einer der wenigen Deutschen, die ein Amt in einer internationalen Organisation bekleideten. Eine Aufstellung seiner Auslandsreisen findet sich: Reisen. Anlage 3 zum Fragebogen, o. Ort und Datum, *LkA Hannover*, L 3 II, 49/II. Reiseeindrücke schildert Lilje in seinen Lebenserinnerungen: Hanns Lilje, *Memorabilia. Schwerpunkte eines Lebens*, Nürnberg 1973, 197-202 (Indien), 203-205 (USA), 205-208 (UdSSR).

²⁶ Günther van Norden, „Der deutsche Protestantismus. Zwischen Patriotismus und Bekenntnis“, in: Günther Heydemann/Lothar Kettenacker (Hgg.), *Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat*, Göttingen 1993, 88-108, hier 104.

Auslandsreisen oder durch Besuche von ausländischen Gästen in Deutschland gepflegt und intensiviert wurden und auch in der Zeit des Dritten Reiches nicht völlig abrisen, ist deshalb für die weitere Entwicklung kaum hoch genug zu veranschlagen. Die weltweite ökumenische Zusammenarbeit legte den Grundstein für eine prinzipielle Offenheit gegenüber westlichen Wertvorstellungen. Das war im vielfach noch nationalstaatlich fixierten Protestantismus der zwanziger und dreißiger Jahre eher verpönt als gern gesehen und blieb auf eine kleine Minderheit im deutschen Protestantismus beschränkt.

Während der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland kamen die späteren *Kronberger* beruflich nicht voran. Sie sammelten sich in der Bekennenden Kirche und waren als „Führungsmannschaft“ der 1938 verbotenen *DCSV* und als Organisatoren der *Deutschen Evangelischen Wochen*²⁷ aktiv an der Abwehr nationalsozialistischer Infiltrationsversuche der evangelischen Kirche beteiligt. Sie sahen sich deshalb als Gegner der NS-Machthaber, die Frage nach einer eventuellen Mitschuld am Aufkommen des Nationalsozialismus stellte sich ihnen daher nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches nicht. Jetzt, so glaubten sie, war ihnen die Möglichkeit neu eröffnet, ihre durch die Diktatur zwangsweise unterbrochene missionarisch-evangelisatorische Tätigkeit wieder aufzunehmen. In der Abkehr von Gott, der zunehmenden Säkularisierung, erkannten sie die entscheidende Ursache für den 12-jährigen Irrweg der Deutschen.²⁸ Da sie dagegen in ihrer religiös-missionarischen Arbeit schon immer gekämpft hatten, galt es nun, die Anstrengungen nicht nur weiterzuführen, sondern zu verstärken, um eine neue und bessere Zukunft zu gestalten.

Ein Grund für einen Bruch mit der eigenen Vergangenheit und eine prinzipielle Neuorientierung war für die späteren Mitglieder des Kronberger Kreises von ihrer Deutung der geschichtlichen Entwicklung also nicht gegeben. Im Gegenteil: Die ideellen Grunddispositionen, die sich bei ihnen seit der Weimarer Republik entwickelt hatten, waren jetzt hochwillkommen und ihre Aktivitäten wurden von in- und ausländischen Stellen aktiv gefördert. Vom Nationalsozialismus unbelastet, mit internationaler Erfahrung ausgestattet, fast durchweg der englischen Sprache

²⁷ Die erste Evangelische Woche fand im August 1935 in Hannover statt, das letzte reichsweite Treffen 1937 in Dresden. In Form von Vorträgen, Andachten und morgendlichen Bibelstunden sollte bei den Evangelischen Wochen eine neue Form der religiösen Unterweisung erprobt werden, die den Organisatoren als den veränderten Zeit- und Lebensumständen angemessen erschien. Anknüpfend an die Erfahrungen der dreißiger Jahre gründete Reinold von Thadden nach dem Krieg den Deutschen Evangelischen Kirchentag.

²⁸ Zur Säkularisierung als konfessionsübergreifendem Interpretationsmuster des Nationalsozialismus vgl. Martin Greschat, „Rechristianisierung‘ und ‚Säkularisierung‘. Anmerkungen zu einem europäischen konfessionellen Interpretationsmodell“, in: Jochen-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel, *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland* (KuG, Bd. 2), Stuttgart-Berlin-Köln 1990, 1-24.

mächtig und zudem entschieden antikommunistisch eingestellt, waren sie eine geradezu ideale Zielgruppe für das westlichen Ideologieangebot. Zudem trugen die *Kronberger* den politischen Westkurs Adenauers in bewußter Entscheidung mit. Zumeist nicht bewußt war ihnen dagegen, daß sie sich nach und nach verschiedene Elemente aus dem westlichen Ideologieangebot ‚anverwandelten‘. Vermittelt wurden ihnen diese durch die Arbeit in ökumenischen Gremien und Organisationen, bei der sie ganz unmittelbar mit Vertretern westlichen Gedankenguts – vornehmlich aus den USA und aus Großbritannien – in Berührung kamen. Dadurch trafen westlich-amerikanische Ideen und traditionell in der deutschen religiös-politischen Kultur und der Denktradition des lutherischen Protestantismus verankerte Vorstellungen direkt aufeinander. Die *Kronberger* haben aber trotz ihrer für westliche Ideen prinzipiell offenen Grunddisposition westliche Wertvorstellungen keineswegs in ‚Reinkultur‘ übernommen. Vielmehr entstand bei ihnen in einem Vorgang des Verschmelzens und Ineinanderfließens eine spezifische Mischform westlicher und deutscher Denk- und Wertekategorien. Bei der Rezeption amerikanischer Vorbilder kam es dabei zu zahlreichen unbewußten Fehlinterpretationen, etwa im Hinblick auf den amerikanischen Pragmatismus,²⁹ der nur in Form des Leitbilds pragmatischer Politik der US-Parteien wahrgenommen wurde. Bei den *Kronbergern* wurde daraus der Ruf nach ‚sachbezogener‘ Politik, die sie sich auch von den bundesdeutschen Parteien wünschten, glaubten sie doch, daß in der deutschen Politik ideologische Gegensätze die Konsensfindung zwischen den Parteien erschwerten und so die Demokratie geschwächt würde. Als vorbildlich erschienen ihnen dagegen die Parteien in England und vor allem den Vereinigten Staaten. In einem Schreiben des Kronberger Kreis-Mitglieds Otto A. Friedrich an Helmut Thielicke aus dem Jahr 1958 beklagte sich beispielsweise der Autor über „die Intoleranz der Parteien, und zwar derjenigen der heutigen Koalitionsparteien noch mehr als die der schwächeren Linken“ und fügte am Ende seines Briefes hinzu: „Das, was ich oben über die Intoleranz der rechtsstehenden Parteien gegenüber der Wendung der Sozialdemokratie hin zur freiheitlichen Wirtschaft und zur Bejahung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gesagt habe, muß man nur einmal vergleichen mit der echten menschlichen Toleranz bei allen geistigen oder wirtschaftlichen Gegensätzen, die in England wechselseitig von den Anhängern der konservativen Partei und der Labour Party oder in Amerika von den Anhängern der republikanischen und der demokratischen Partei geübt wird!“³⁰

²⁹ Vgl. zum Pragmatismus Ludwig Marcuse, *Amerikanisches Philosophieren. Pragmatisten, Polytheisten, Tragiker*, Hamburg 1959; Cornel West, *The American Evasion of Philosophy. A Genealogy of Pragmatism*, Basingstoke 1989; Gert Raeithel, *Geschichte der nordamerikanischen Kultur, Bd. 2: Vom Bürgerkrieg bis zum New Deal 1860–1930*, Weinheim 1988, 219–227.

³⁰ O.A. Friedrich an H. Thielicke, o. Ort, 24.5.1958, *Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP)* I-093-030/1.

Die Mitglieder des Kronberger Kreises haben deshalb den Weg der SPD zur „Staatspartei“³¹ mit Genugtuung betrachtet und ausgehend von ihrer Einschätzung der Partei schon Mitte der fünfziger Jahre über die Möglichkeit einer Großen Koalition nachgedacht. Sie schien am ehesten die Gewähr für einen breiten staatstragenden Konsens zu bieten, den die Mitglieder des Kronberger Kreises sich erhofften. Gemeinsamkeiten mit den Christdemokraten sahen die Diskutanten dabei besonders beim Reformflügel der SPD, namentlich wurden Fritz Erler und Willy Brandt genannt.³² Adenauer dagegen stand solchen Überlegungen im Wege, mit ihm als Regierungschef, darin stimmten alle überein, war eine Koalition mit der SPD ausgeschlossen.³³ Die Freude über den deutlichen Sieg der Unionsparteien bei der Bundestagswahl 1957 fiel im Kronberger Kreis deshalb auch eher verhalten aus. Der schroffe Konfrontationskurs Adenauers gegenüber der SPD wurde mit zunehmender Dauer von dessen Kanzlerschaft im Kronberger Kreis immer heftiger kritisiert, weil er dem dort vertretenen Idealbild vom Funktionieren des politischen Prozesses widersprach. Die *Kronberger* waren felsenfest davon überzeugt, daß alle Probleme partnerschaftlich zu lösen und alle innerstaatlichen Konflikte auf dem Weg des Kompromisses friedlich zu schlichten seien, wenn es nur gelinge, die Entscheidungen von Emotionen und Ideologien freizuhalten.³⁴ Eberhard Müller hat diese gemeinsame Grundüberzeugung der *Kronberger* in seinem Artikel zum Stichwort ‚Kompromiß‘ im *Evangelischen Soziallexikon* dargelegt und theologisch begründet. Die Bedeutung des Kompromisses als ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Prozesses hatte ihm der amerikanische Methodistenpfarrer Franklin Littell³⁵ nahegebracht, der in Stuttgart für die US-

³¹ Vgl. Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin-Bonn 1982.

³² Vgl. die Protokolle E. Ruppels vom 3.7.1955 und vom 14.7.1956, *LkA Hannover*, N 60, 374. Zur Bedeutung des Reformflügels in der SPD siehe Peter Lösche/Franz Walter, *Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt 1992, 112–115; Anselm Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949-1963*, Darmstadt 1983, 157 f.

³³ Dahingehend äußerten sich übereinstimmend Eberhard Müller bei der Tagung des Kronberger Kreises am 14.7.1956 und Ernst Friedlaender beim folgenden Treffen am 25.8.1956; vgl. die Protokolle Erich Ruppels, *LkA Hannover*, N 60, 374.

³⁴ Sie ließen sich dabei von dem Postulat der Ideologiefreiheit leiten, das damals im gesamten ‚Westen‘ zahlreiche Anhänger fand. Hinter dem Schlagwort vom ‚Ende der Ideologien‘ verbarg sich ein gedankliches Konstrukt, das die Funktion einer liberal-demokratischen Integrationsideologie ausübte, ohne daß dies den *Kronbergern* – und den meisten ihrer Zeitgenossen – bewußt gewesen ist; vgl. Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998; Axel Schildt, „Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren“, in: ders./Arnold Sywottek (Hgg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, 627-635.

³⁵ Franklin H. Littell wuchs in einer puritanischen Familie auf. Sein Vater war Professor für Geschichte und Politikwissenschaft. Während der College-Jahre engagierte sich Littell in der *Student Christian Association*, seine Studien am Union Theological Seminary absolvierte er u.a. bei Reinhold Niebuhr und Paul Tillich. Ab 1949 war er als Officer for Religious Affairs in Deutschland tätig, zuerst im Religious

Militärregierung tätig gewesen war und die Akademiearbeit unterstützt hatte. Die Gespräche, die Müller mit Littell geführt hatte, waren zum Schlüsselerlebnis für den Boller Akademieleiter geworden.³⁶ Auf ihnen, also auf maßgeblich vom amerikanischen Christentum geprägten Vorstellungen, basierte sein integratives Kompromiß-Konzept: In den Versammlungen der Pilgerväter habe der Heilige Geist den Konsens über das gemeinsame Handeln hergestellt, die „Konsensbildung sei die Mutter der Demokratie“.³⁷ Dieses idealisierte Bild der amerikanischen Gründerzeit wollte Müller nun auf das Nachkriegsdeutschland übertragen und für die junge westdeutsche Demokratie fruchtbar machen. In Müllers ‚Kompromiß‘-Artikel kam der angelsächsische Bezug seiner Vorstellung ebenso zum Ausdruck wie der weitreichende Anspruch, den er mit seinem Kompromißkonzept verfolgte. Der erste Abschnitt lautete: „Da es die Pflicht jedes Christen ist, soweit es möglich und gut ist, den Frieden, die Verständigung und die Zusammenarbeit mit anderen zu suchen, stellt die Bereitschaft zum Kompromiß ein hohes ethisches Ziel dar. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen für die Abirrungen des deutschen Geisteslebens vom christlichen Glauben, daß man unter Menschen, die ‚Kompromisse machen‘, vorwiegend solche verstand, die eine laxen sittliche Auffassung vertreten. Im englischen Sprachraum ist dies anders: ‚to compromise‘ gilt dort als ein Weg zur gemeinsamen Wahrheitsfindung, zur gegenseitigen Rücksichtnahme und gemeinsamen Handlungsbereitschaft. Die größere Fähigkeit zum demokratischen Zusammenspiel auf der wirtschaftlichen und politischen Ebene, die dort zu beobachten ist, steht damit im Zusammenhang.“³⁸ Wer die Menschen in einer modernen Massengesellschaft zusammenführen wolle, müsse sowohl die Einzelinteressen wie auch die Notwendigkeiten des Ganzen berücksichtigen und auf dem Weg des Kompromisses in Einklang zu bringen versuchen. Das Gespräch „mit dem Ziel einer gemeinsamen Beschlußfassung“³⁹ sei das geeignete Mittel, um zu einem für alle Seiten tragbaren Resultat zu gelangen. Auch Luther habe erkannt, daß Gottes Wille dort erfüllt werde, wo

Branch of OMGUS in Bad Nauheim, später in Stuttgart. Zum Lebensweg Littells vgl. sein Interview mit Harry James Cargas, gedruckt unter dem Titel „Dialogue Towards an Autobiography“ bei Richard Libowitz (Hg.), *Faith and Freedom. A Tribute to Franklin H. Littell*, Oxford u.a. 1987, 239–251, sowie Littells Schreiben vom 14.7.1995 an den Verfasser.

³⁶ Christian Troebst, der seit Anfang der sechziger Jahre die Industrieabteilung der Akademie in Bad Boll leitete, wies in seinem Gedenkartikel anlässlich des Todes von Eberhard Müller auf die prägenden Persönlichkeiten im Leben des Verstorbenen hin: „In Eberhard Müllers Leben gab es drei Männer, über die er gerne sprach: sein Vater, [...], Bischof Hanns Lilje, dessen Sekretär er in der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung gewesen war, und schließlich jener unbekanntes amerikanische Offizier, der ihm zu der Einsicht verholfen hatte, daß der Kompromiß etwas höchst Schätzenswertes sei.“ (Christian Troebst, „Kirche und Industrie“, in: *Aktuelle Gespräche* 37 (1989), H. 1, 16 f., hier 16). Bei dem erwähnten Offizier handelt es sich um niemand anderen als Franklin Littell; vgl. zu ihrer Begegnung Müller, *Widerstand*, 68.

³⁷ Ebd.

³⁸ Eberhard Müller, „Kompromiß“, in: *Evangelisches Soziallexikon*, hg. von Friedrich Karrenberg, Stuttgart 1963, 709–712, hier 709. (Die in Müllers Lexikonbeitrag verwandten Abkürzungen wurden aufgelöst).

³⁹ Ebd.

Menschen danach streben, zu einem sachgemäßen und der Lage angemessenen friedlichen Übereinkommen zu finden. Erst in einer falsch verstandenen Zwei-Reiche-Lehre sei es zur Trennung des weltlichen Bereichs, in dem lediglich der Dekalog, nicht aber das christliche Liebesgebot gelte, von der geistlichen Sphäre gekommen. Solange der Kompromiß nicht ausdrücklich dem Willen Gottes entgegenstehe, sei er anzustreben, selbst wenn der Christ unsicher sei, ob er damit den göttlichen Geboten entspreche. Das Wissen um die Vergebung befreie ihn dazu, auch auf schwierige Kompromißvorschläge einzugehen.⁴⁰

Ziel des Kompromisses sollte nach Müller eine befriedete und stabile Gesellschaft sein, in der die Menschen in einer „fruchtbaren“ Gemeinschaft⁴¹ zusammenleben könnten. Diese Vorstellung Müllers, die auch die anderen *Kronbergerteilten*, lag nahe an vorindustriellen Gemeinschaftsideen und beinhaltete ein un- oder sogar antidemokratisches Potential, wie es in den althergebrachten Vorstellungen des protestantisch geprägten Konservativismus schlummerte. Daß es nicht zum Tragen kam, lag am Einfluß der westlich-amerikanischen Ideen liberaler Demokratie und der Tradition des angelsächsischen Parlamentarismus, dem die *Kronberger* durch ihre internationalen Kontakte ausgesetzt waren. Daher bejahten und unterstützten sie entschieden die parlamentarisch-repräsentative Demokratie westlichen Musters obwohl sich an der Struktur des deutschen Parteiensystems gegenüber der Zwischenkriegszeit grundsätzlich nur wenig geändert hatte.⁴²

Auf Müllers Konzept einer konsensgeleiteten Gesellschaft beruhten auch die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen, die im Kronberger Kreis vertreten wurden. In diesem Bereich, der hinter kirchlichen und allgemeinpolitischen Themen als eigenständiger Schwerpunkt an dritthäufigster Stelle auf den Tagesordnungen bei den Kronberger Treffen stand, gaben neben Müller der Generaldirektor der Hamburger Phoenix-Gummiwerke, Otto A. Friedrich, und der

⁴⁰ Was Eberhard Müller im *Soziallexikon* eher theoretisch entfaltete, hatte er in der Arbeit der Evangelischen Akademie praktisch umzusetzen versucht. Die „Fähigkeit zur Konsensbildung“ zu fördern, hielt er von Anfang an für eine der Hauptaufgaben der Akademien. Miteinander streitende Gegner in wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sollten auf dem ‚neutralen‘ Boden der kirchlichen Akademie zusammengeführt und ins Gespräch gebracht werden. Der Kirche kam in diesem Konzept die Rolle der Vermittlerin zu, sie sollte Brücke, nicht Partei sein, neutral moderieren, statt Position zu beziehen; vgl. Eberhard Müller, *Widerstand*, 68–70.

⁴¹ Müller, „Kompromiß“, 709. Für Eberhard Müller war der auf dem Kompromißweg gefundene Konsens das idealisierte Ziel des politischen Prozesses. Müllers Vorstellung unterschied sich damit fundamental von der amerikanischen Konsensidee, die den Konsens als Grundlage und Rahmen für Konfliktlösungen im politischen und gesellschaftlichen Raum voraussetzte; vgl. z.B. Reinhold Niebuhr, „Consensus in einer demokratischen Gesellschaft“, in: Heinz-Dietrich Wendland (Hg.), *Politik und Ethik*, Darmstadt 1969, 186–217.

⁴² Die wichtigste Neuerung, die Gründung der interkonfessionellen Union anstelle der faktisch rein katholischen Zentrumsparterie ist von den *Kronbergern* begrüßt und – soweit sie der CDU angehörten – aktiv mitgestaltet worden.

bis 1953 als Generaldirektor der deutschen Kohlenbergbauleitung tätige Heinrich Kost den Ton an. Gemeinsam war ihnen – trotz gelegentlich unterschiedlicher Meinung in Einzelfragen – die hohe Bedeutung, die sie dem Partnerschaftsgedanken in der Wirtschaft zubilligten. Friedrich ging in seinen grundlegenden Überlegungen von der Idee des freien Unternehmertums aus. Das amerikanische System des „free enterprise“⁴³ sollte seiner Meinung nach aber keineswegs unverändert auf Deutschland übertragen werden: Den „Heilsideen des kapitalistischen Perfektionismus, wie sie heute von den USA in der ganzen Welt verbreitet werden“,⁴⁴ dürfe nicht blind vertraut werden. Das liberalkapitalistische System solle vielmehr auf betrieblicher Ebene durch die Anerkennung des Mitarbeiters „als handelndes Subjekt“⁴⁵ humanisiert, durch Vereinbarung freiwilliger sozialer Leistungen zwischen den Tarifpartnern ergänzt und auf überbetrieblicher Ebene durch staatliche Regelungen für den Wettbewerb „entschärft“ werden.⁴⁶ Nur so könne sich die Marktwirtschaft dauerhaft gegenüber planwirtschaftlichen Alternativen durchsetzen, ihre Überlegenheit erweisen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Durchsetzung des westlich parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik leisten.⁴⁷ Die besondere Verantwortung des freien Unternehmers, seinen ‚sozialen Imperativ‘ in der Marktwirtschaft, formulierte Friedrich programmatisch so: „Die Bejahung des freien Marktes mit vorherrschender sozialer Verpflichtung, die Anerkennung des Gesetzes und die Pflege des Anstandes im Wettbewerb, das weitsichtige Plandenken, die Bereitschaft zu undogmatischer Leitung und zur Selbstdisziplin in Zusammenarbeit mit dem Staat, die Durchdringung der Betriebe und des gesamten wirtschaftlichen Denkens mit unternehmerischem Geist und das verantwortliche Zusammenstehen in den Wirtschaftsorganisationen als dienende Glieder zwischen Wirtschaft und Staat.“⁴⁸

⁴³ So Friedrich in einem Schreiben an Ludwig Erhard aus dem Jahr 1959 (o. Ort, 27.4.1959, *ACDP I-093-013/2*). Inhaltlich hatte er diese Auffassung bereits seit dem Ende der 40er Jahre vertreten.

⁴⁴ Otto A. Friedrich, „Der soziale Imperativ in der heutigen Wirtschaft“, in: *Die Zeit* vom 22.5.1952. Vgl. auch ders., *Der Unternehmer im Spannungsfeld der Wirtschaftspolitik*, Bonn-Frankfurt a.M. 1954, 8 f. (*ACDP I-093-067/2*). Vgl. auch den Abdruck der wichtigsten Aufsätze und Reden Friedrichs: Otto A. Friedrich, *Gehen wir aufeinander zu?* München 1958.

⁴⁵ Friedrich, „Sozialer Imperativ“.

⁴⁶ Ein deutsches Wettbewerbsrecht sollte nach Friedrichs Vorstellungen an amerikanische Vorbilder anknüpfen, aber „unsere deutsche Tradition nicht als schlecht verwerfen, sondern weiter auf ihr aufbauen“. Otto A. Friedrich, „Zur gegenwärtigen Wirtschaftslage“, in: *Technischer Handel*, 41. 1954, Nr. 7, 137-148.

⁴⁷ Zum Verantwortungsverhältnis von Wirtschaft und Staat in der gegenwärtigen deutschen Lage. Entwurf zu einem Vortrag auf der Jahrestagung des Wirtschaftsverbandes der deutschen Kautschukindustrie in Baden-Baden am 24. Juni 1952, von Otto A. Friedrich, 3 (*EABB, AZ 90/4*).

⁴⁸ Ebd., 9 f. Friedrich kam später immer wieder auf diesen Begriff und die damit verbundenen Vorstellungen zurück, vgl. die Vorträge vor der Mitgliederversammlung der Deutschen Bauindustrie am 10.6.1963 (*EABB, AZ 90/9*) sowie vor dem Wirtschaftsverband der Kautschukindustrie am 2.6.1970 (*ACDP I-093-070/1*).

Der Begriff ‚sozialer Imperativ‘ war von einem Vorstandskollegen Friedrichs bei Phoenix bei der Suche nach einem deutschen Terminus für ‚human relations‘ vermutlich im Frühjahr 1952 geprägt worden.⁴⁹ Den Kern des ‚sozialen Imperativs‘ bildete Friedrichs Idee einer Betriebskonzeption, in der die Arbeitnehmer in ihrem unmittelbaren Arbeitsumfeld mitbestimmen sollten, um sich so zu selbstbewußten und selbstsicheren Persönlichkeiten zu entwickeln. In „Zellen der Mitverantwortung“⁵⁰ als Selbstverwaltungsorganen im Betrieb sollten mündige Arbeiter mit Zivilcourage ihre Meinung in lebendiger Diskussion mit den Vorgesetzten vertreten und durchzusetzen versuchen.⁵¹ Auf diese Weise entstehe der demokratische Betrieb anstelle des patriarchalischen. Nur so lasse sich die soziale Frage endgültig lösen und nur so werde auch ein Betriebsklima geschaffen, das die Produktivität steigern und damit dem Erfolg des Betriebes zum Wohle beider Tarifpartner förderlich sei.⁵² Das gemeinsame Interesse am wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens zwingt zu gegenseitigem Respekt, zur freiwilligen Selbstbeschränkung und zum Kompromiß. Auch für Heinrich Kost hatte das partnerschaftliche Miteinander von Unternehmer und Belegschaft im Betrieb zentrale Bedeutung. Da seiner Auffassung nach in der modernen Wirtschaft nur durch Kooperation Erfolg zu erzielen sei, habe der Unternehmer seine wirtschaftliche Freiheit von sich aus einzuschränken. Ziel müsse eine „Gemeinschaft zwischen Unternehmer und Belegschaft“ sein, in der auf der Grundlage eines gemeinsamen Menschenbildes friedlich nach pragmatischen Problemlösungen gesucht werden könne.⁵³ Das gemeinsame Interesse am Betriebserfolg werde dazu führen, daß Unternehmer und Gewerkschaften „am runden Tisch in aller Offenheit und Unvoreingenommenheit alle gemeinsam interessierenden Fragen besprechen“, um so den Streik als Mittel der Tarifauseinandersetzung zu verhindern. „Die Partnerschaft von Unternehmensleitung und Arbeitnehmerschaft ist das richtige Verhältnis zur Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen.“⁵⁴ Der

⁴⁹ Vgl. Volker R. Berghahn, *Otto A. Friedrich, ein politischer Unternehmer. Sein Leben und seine Zeit 1902-1975*, Frankfurt a.M.-New York 1993, 196. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Friedrich ‚human relations‘ mit ‚menschlichen Beziehungen im Betrieb‘ übersetzt; vgl. das Protokoll: Tage der Stille und Besinnung für Männer der Wirtschaft vom 23.-25. Nov. 1950 in der Akademie Hermannsburg, 24 (ACDP 093-067/2).

⁵⁰ Zeitungsaufsatz Friedrichs im ‚Rheinischen Merkur‘ mit dem Titel „Soziale Verantwortung“, (Zeitungsausschnitt, *EABB*, AZ 90/4).

⁵¹ Vgl. den Sonderdruck der ‚Phoenix-Rundschau‘ „Mehr Zivilcourage. Ein Aufruf an alle Mitarbeiter des Werkes“ von Otto A. Friedrich, *EABB*, AZ 90/4.

⁵² Vgl. Friedrichs Zeitungsaufsatz im ‚Rheinischen Merkur‘ mit dem Titel „Soziale Verantwortung“, (Zeitungsausschnitt, *EABB*, AZ 90/4).

⁵³ Entwurf Kosta „Konstruktive Neuordnung der sozialen Verhältnisse. Vorrangstellung der persönlichen Verantwortung in den bergbaulichen Betrieben“, 14 (Privatbesitz Hans Bolewski).

⁵⁴ Zitate aus der Rede Heinrich Kosta vor der Jahrestagung der IHK Duisburg, in: *Wirtschaftliche Mitteilung der niederrheinischen Industrie und Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg*, Sondernummer aus Anlaß der Jahreshauptversammlung am Freitag, dem 14.1.1955, im Duisburger Stadttheater, 5 f. (*EABB*, AZ 90/4). Vgl. auch den Abdruck einer Rede Kosta in der Evangelischen Akademie Loccum, die im ‚Sonntagsblatt‘ abgedruckt wurde; Heinrich Kost, „Zwischen Manchester-Liberalismus und Karl Marx. Rechte und Pflichten des Unternehmers“, in: *Sonntagsblatt*, Nr. 33 vom 16.8.1953, 44 f.

Arbeiter müsse im Sinne dieser Partnerschaft an der Verantwortung am Arbeitsplatz und am Unternehmensgewinn beteiligt werden und dürfe nicht zum bloßen Befehlsempfänger degradiert werden. Um dem Arbeiter das Gefühl zu vermitteln, als Persönlichkeit ernstgenommen zu werden, wollte Kost die Verantwortung im Betrieb dezentralisiert wissen. Wie für Friedrich spielte auch für Kost das Vorbild USA eine wichtige Rolle. So sprach er sich beispielsweise für bessere Aufstiegsmöglichkeiten der Arbeiter aus, die in den Vereinigten Staaten, wo Zeugnisse und Zulassungen kaum eine Rolle spielten, wesentlich leichter beruflich vorankommen könnten als in Deutschland. Auch hier müsse der beruflichen Leistung in Zukunft höhere Bedeutung zugemessen werden als bisher. Außerdem sei eine breitere Eigentumsstreuung anzustreben. Vor allem der Erwerb immobilier Werte durch Arbeiter, von Wohneigentum oder von Anlagen bei Investment-Sparinstituten, solle deshalb gefördert werden.⁵⁵

Müller war sich mit den Wirtschaftsfachleuten einig, wenn er eine echte „Gemeinschaft aller am Wirtschaftsleben Beteiligten“ forderte.⁵⁶ Auch er meinte, dies sei ein guter Weg, um den patriarchalischen ‚Herr-im-Haus-Standpunkt‘ vieler Unternehmer zu brechen und den Arbeitern das Gefühl zu vermitteln, selbstverantwortlich handelnde Subjekte zu sein.⁵⁷

In den auf ‚Gemeinschaft‘ hin ausgerichteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen der *Kronbergerflossen* noch im 19. Jahrhundert wurzelnde, teilweise bis in die Nähe vorindustriellständischer Vorstellungen reichende Gedanken deutschen Ursprungs und westlich-liberalkapitalistische Ideen ineinander und wurden in dem Prozeß des Miteinander-Verschmelzens selbst verändert. Das liberale amerikanische Wirtschafts- und Sozialsystem beispielsweise wurde nicht einfach übernommen, sondern mit Elementen traditioneller deutscher Sozialpolitik verknüpft und damit abgemildert; im Ergebnis war das eine strikt marktorientierte Wirtschaftsform mit starken, von den Tarifpartnern jeweils konkret auszuhandelnden und zu vereinbarenden sozialen Komponenten, die unter dem Schlagwort ‚Soziale Marktwirtschaft‘ zum Markenzeichen für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westdeutschlands wurde. Umgekehrt konnten in einem solchen, auf dem freien Unternehmertum aufbauenden und prinzipiell am Markt ausgerichteten Wirtschaftssystem paternalistische, Untergebene bevormundende und entmündigende Formen sozialer Fürsorge, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik noch dominiert hatten, kaum mehr zum Zuge kommen. Ausdrücklich ist darauf zu verweisen, daß

⁵⁵ Zu den verschiedenen Modellen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die im Kronberger Kreis zwischen 1953 und 1966 eingehend diskutiert wurden, vgl. Sauer, *Westorientierung*, 222-227. Allgemein vgl. Yorck Dietrich, *Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950-1961*, Düsseldorf 1996.

⁵⁶ Eberhard Müller, *Hauptsache: Der Mensch* (Evangelische Akademie. Stimmen zum Gespräch der Kirche mit der Welt, H. 19), Tübingen 1948, 24.

dieses auf der Konsensidee fußende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leit- und Idealbild der *Kronberger* bestehende Interessenkonflikte nicht leugnete oder in sozialharmonistische Utopien aufzulösen suchte. Es ging vielmehr von der festen Überzeugung aus, daß im Prozeß der demokratischen Auseinandersetzung gleichberechtigter Partner ein Ausgleich konkurrierender Interessen auf friedlichem Wege herbeigeführt und ein für alle Seiten akzeptabler Kompromiß gefunden werden könne. Der Optimismus, der dem unerschütterlichen Glauben zu Grunde lag, solange nur die demokratischen Spielregeln eingehalten würden, sei in jedem Falle eine einvernehmliche Lösung zu finden,⁵⁸ war Teil der westlich-amerikanischen Idee liberaler Demokratie, wie sie beispielhaft von Ernst Fraenkel in seinem Werk *Deutschland und die westlichen Demokratien*⁵⁹ dargelegt worden ist. Das Gesellschaftskonzept der *Kronberger* lag deshalb – trotz einiger Berührungspunkte mit vorindustriellen Utopien von einer konfliktfreien staatlichen Gemeinschaft – insgesamt ganz auf der Linie der westlichen Idealvorstellung vom Funktionieren demokratischer Prozesse.

Im Bereich der internationalen Politik, um ein letztes Gebiet exemplarisch zu nennen, führte das Aufeinandertreffen amerikanischer Ideen, die von einer teils schon vorhandenen, teils erst noch herzustellenden ideellen und kulturellen Zusammengehörigkeit der westlich-atlantischen Gemeinschaft der ‚freien Völker‘ ausgingen, und der deutschen nationalstaatlichen Tradition dazu, daß sich das Denken der *Kronberger* internationalisierte, ohne daß deshalb der Wunsch auf eine Wiedervereinigung Deutschlands aufgegeben wurde. Zwar beharrte Hermann Weinkauff, Bundesgerichtspräsident und Verfasser eines Entwurfes der Wehrdenkschrift, 1951 noch darauf, die Deutschen schuldeten „nicht dauernde Zerreißung unserer natürlichen nationalen Einheit. Wir schulden nicht die Abtretung von Land, das nach der geschichtlichen Herkunft und dem Willen seiner Bewohner deutsch ist.“⁶⁰ Im Kronberger Kreis waren aber solche Aussagen, in denen sich die „emotionale tiefe Bindung an den bismarckisch-wilhelminischen Nationalstaat“⁶¹ widerspiegelte, die bei vielen Protestanten auch nach 1945 ungebrochen fortwirkte und die in „den Forderungen der evangelischen Kirchenführer, die Deutschen und ihre Nation trotz der

⁵⁷ Ebd., 24-26.

⁵⁸ Die entscheidende Schwäche des Konzepts der konsensgeleiteten Gesellschaft war, daß es keine Alternative für den Fall vorsah, daß es auf dem Weg des Dialoges und der demokratischen Auseinandersetzung nicht zu dem angestrebten Kompromiß kommen würde. Das unbegrenzte Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Konzepts und die Kompromißfähigkeit der Akteure sah diesen Fall als denkbare Möglichkeit nicht vor.

⁵⁹ Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1964. Fraenkel war durch das amerikanische Exil nachhaltig beeinflusst worden. Er zählte nach seiner Rückkehr nach Deutschland zu den einflußreichsten Remigranten unter den deutschen Politikwissenschaftlern. Vgl. Winfried Steffani, „Ernst Fraenkel als Persönlichkeit“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7. 1997, 1261-1285.

⁶⁰ Entwurf Hermann Weinkauffs „Zur deutschen Wiederbewaffnung“, *LkA Hannover*, N 60, 374.

Hitlerverbrecben gerecht zu behandeln, die Ostgebiete zu erhalten und die geopolitische Einheit Deutschlands zu bewahren“⁶², zum Ausdruck kam, bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr mehrheitsfähig. Rechtsanwalt Otto Küster beispielsweise sah die nationale Frage unter dem Aspekt des Gottesgerichts über das deutsche Volk und kam zu dem Schluß: „So wie wir dran sind, haben wir es auf das strikteste Gott anheimzustellen, ob ihm ein oder zwei deutsche Staaten gut dünken, ob ihm Königsberg oder Kaliningrad lieber ist.“⁶³ Küster deutete hier an, daß er unter den gegebenen Umständen bereit war, die konkrete Form staatlicher Existenz, wie sie als Folge des Zweiten Weltkrieges entstanden war, als gottgegeben hinzunehmen. Er zielte damit auf ein zentrales Argument Heinemanns und anderer Wiederbewaffnungsgegner und zeigte auf, wie widersprüchlich die Schlüsse, die sie zogen, tatsächlich waren: Wenn aus der als Strafgericht Gottes verstandenen Niederlage zu folgern war, das demilitarisierte Deutschland dürfe sich nicht erneut bewaffen, weil das ein Verstoß gegen Gottes Willen bedeuten würde, dann konnte doch kaum gleichzeitig die Revision des doppelstaatlichen Status quo gefordert werden. Folgerichtig zu Ende gedacht, wären die gesamten Kriegsfolgen als Buße aufzufassen, das heißt, nicht nur die dauerhafte Waffenlosigkeit des besiegten Landes wäre als göttliche Strafe hinzunehmen, sondern auch die staatliche Zweiteilung und der Verlust der Ostgebiete. Küsters Argumentation war vor allem darauf gerichtet, die Inkonsequenz der Wiederbewaffnungsgegner und Anhänger neutralistischer Ideen offenzulegen, sie zeigt aber, daß im Kronberger Kreis schon sehr früh über alternative deutschlandpolitische Optionen nachgedacht und diskutiert worden ist. Mit dem bevorstehenden deutschen NATO-Beitritt setzte sich im Kronberger Kreis mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß mit einer baldigen Wiedervereinigung nicht zu rechnen war. Die Überlegungen, die daraufhin im Oktober 1954 von einigen Mitgliedern in die Debatte eingebracht wurden, unterschieden sich gravierend von den damals öffentlich diskutierten Modellen, wie die Wiedervereinigung zu erreichen sei. Hans Hermann Walz, Mitarbeiter von Thaddens beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, griff im Anschluß an Robert Tillmanns Analyse der politischen Lage ein angebliches Zitat Adenauers auf, der statt von Wiedervereinigung von Wiederbefreiung, gesprochen habe.⁶⁴ Walz meinte, „diese sei vielleicht

⁶¹ Kurt Nowak, „Protestantismus und Nationalstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik – Drittes Reich – DDR/Bundesrepublik Deutschland“, in: *PTh* 80. 1991, 446-458, hier 456.

⁶² Ebd.

⁶³ Stellungnahme O. Küsters zu Weinkauffs Entwurf, Stuttgart, 28.12.1951, *LkA Hannover*, N 60, 374. Bei der späteren Diskussion über den Weinkauffsch Entwurf beim Treffen des Kronberger Kreises am 19.1.1952 beharrte Küster gegenüber dem Verfasser auf seinem Standpunkt: Da eine „Strafsituation“ gegeben sei, habe Deutschland nicht das Recht, von sich aus auf deren vorzeitige Aufhebung zu drängen; vgl. Tagebuchaufzeichnung O. Küsters vom 19.1.1952.

⁶⁴ Ob Tillmanns in seinem Referat von einer solchen Äußerung Adenauers berichtet hatte, geht aus dem Tagebucheintrag Küsters nicht hervor. Vor der Öffentlichkeit waren solche Gedanken um die Mitte der

nach allem Geschehenen doch nicht so selbstverständlich gottgewollte Christenpflicht, wohl aber jene.“⁶⁵ Der Begriff „Wiederbefreiung“ implizierte den Verzicht auf die staatliche Zusammenführung von DDR und Bundesrepublik. An welche Alternativen dabei gedacht wurde, führte Otto Küster in seinem Tagebuch weiter aus: „Ich [...] denke mir aus, wie ein selbständiges östliches Deutschland, das nach dem Osten geöffnet ist, Marx-Lenin-Institute hat, und wo Russisch die erste Fremdsprache ist, mit Schweizern und Indern als Kommissaren und Soldaten, die seine Freiheit kontrollieren, den Russen doch um einiges akzeptabler sein müßte, als eine Ausdehnung des Westsystems bis zur Oder.“ Hier war nicht nur die staatliche Einheit Deutschlands aufgegeben, sondern ebenso die Forderung nach einer Revision der Oder-Neiße-Grenze. Unter den übrigen Mitgliedern des Kronberger Kreises fanden Walz und Küster allerdings – noch – keine Unterstützung für ihre Ideen, die damals nahezu als „landesverräterisch“ gegolten haben dürften.⁶⁶

Im Umfeld der Genfer Gipfelkonferenz⁶⁷ der Regierungschefs aus den vier Siegermächten kamen die Mitglieder des Kronberger Kreises am 2. und 3. Juli 1955 zusammen, um über innen- und außenpolitische Fragen zu beraten. Wie groß der Stellenwert war, der dem Treffen zukam, zeigte sich daran, daß es mit 20 Teilnehmern das bestbesuchte der gesamten fünfziger Jahre war und daß nur über dieses ein maschinenschriftliches Kurzprotokoll angefertigt wurde. Die CDU wurde von Robert Pferdenges, Ernst Lemmer und Robert Tillmanns vertreten. Die beiden Letztgenannten und Ernst Friedlaender eröffneten die Tagung mit Referaten zu den Wiedervereinigungschancen in der gegenwärtigen Weltlage. Alle drei befürchteten, daß in der neuen Situation der Status quo zementiert werde, da angesichts der atomaren Bedrohung ein echtes Bedürfnis nach Entspannung zu verzeichnen sei und keine Seite Bereitschaft erkennen lasse, etwas von ihrem Besitzstand abzugeben. Lemmer hielt die Wiedervereinigung deshalb für noch schwieriger erreichbar als früher. Auch Ernst Friedlaender äußerte sich pessimistisch. Er bedauerte, daß zwischen Regierung und Opposition in der nationalen Frage ein tiefer Riß bestehe, der die deutsche Verhandlungsposition schwäche. Er halte die

fünfziger Jahre jedenfalls nicht zu vertreten. Als der Bundeskanzler einige Jahre später, im Frühjahr 1958, bei der Moskauer Führung sondierte, ob eine ‚Österreich-Lösung‘ für die Sowjetunion akzeptabel sein könnte, geschah dies unter größter Geheimhaltung. Erst in seinen Memoiren, ganze neun Jahre später, hat Adenauer von seinem damaligen Vorstoß berichtet. Und erst nach dem Bau der Berliner Mauer erklärte die Bundesregierung öffentlich, daß das Ziel der Freiheit für die Deutschen in der DDR vor dem der staatlichen Wiedervereinigung stehe. Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, 425 f.; Andreas Hillgruber, *Deutsche Geschichte 1945-1986. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik*, Stuttgart-Berlin-Köln⁷ 1989, 67 und 82.

⁶⁵ Tagebucheintragung O. Küsters vom 22.10.1954, daraus auch das folgende Zitat.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Zur Genfer Konferenz siehe Mechthild Lindemann, *Die Deutsche Frage auf den Genfer Viermächtekonferenzen 1955*, phil. Diss. Bonn 1994.

Wiedervereinigungsprogramme beider für unreal: Die Einheit sei weder mit der CDU-Forderung nach einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung herbeizuführen, noch mit dem Angebot eines bündnisfreien, neutralen Deutschlands, wie es die SPD vorgeschlagen habe. Stattdessen müßten „Zwischenkonstruktionen“ ins Spiel gebracht werden, die offen für weitere Entwicklungen seien. In Genf werde wahrscheinlich eine „Gutwetter-Stimmung“ zur Schau gestellt, es seien aber allenfalls Kommunikés, dagegen keine substantiellen Fortschritte in der Deutschen Frage zu erwarten. Die staatliche Einheit dürfe nicht absolut gesetzt werden, da sonst der Streit darüber, wie sie zu erreichen sei, das innenpolitische Klima vergiften würde. Den Deutschen, so meinte Friedlaender, fehle bisher der Wille, die „härteren Wahrheiten“ einzusehen, zu begreifen, daß die Wiedervereinigung in naher Zukunft nicht zu erreichen sei.⁶⁸ In der Diskussion verdeutlichte Friedlaender seinen Standpunkt und führte aus, Freiheit und Friede seien christliche Worte des Heils, Einheit dagegen nicht. Unterstützt wurde er auch diesmal von Otto Küster, der nicht damit einverstanden war, daß die Wiedervereinigung in der evangelischen Kirche wie ein zentraler Punkt der christlichen Botschaft behandelt werde.⁶⁹ Bischof Lilje schloß sich dieser Kritik uneingeschränkt an; die Wiedervereinigung nehme in der Kirche teilweise den Rang einer der „heiligsten Vokabeln des Evangeliums“⁷⁰ ein.

In der Abendbesprechung ging es dann um die Frage, wie ohne religiöse Überhöhung von der nationalen Einheit gesprochen und was konkret getan werden könne. Einig waren sich alle Teilnehmer, daß es eine schnelle Wiedervereinigung nicht geben werde. Trotzdem dürfe der Westen nicht untätig bleiben, die christliche Bruderliebe gebiete, weiterhin für die Freiheit der Menschen im Osten einzutreten. Deshalb müsse ihnen auch künftig das Gefühl vermittelt werden, daß sie vom Westen nicht aufgegeben seien. Diesem Zweck habe unter anderem der Kirchentag in Leipzig 1954 gedient, an den Reinold von Thadden erinnerte. Eine Deklaration der Großmächte, daß die beiden Teile Deutschlands zusammengehörten, wäre ebenso geeignet,

⁶⁸ Tagebucheintragung O. Küsters vom 2.7.1955. Vgl. auch das Protokoll E. Ruppels vom gleichen Tag, *LkA Hannover*, N 60, 374, sowie ein maschinenschriftliches Kurzprotokoll W. Plogs vom 5.7.1955, ebd., L 3 III, 254.

⁶⁹ Küster war auch 1955 noch bereit, für die Freiheit der DDR auf die staatliche Einheit zu verzichten. In seinem Tagebuch notierte er: „Wenn es für die Sowjetzone Freiheit ohne Wiedervereinigung gäbe!“ (Tagebucheintragung O. Küsters vom 2.7.1955).

⁷⁰ Protokoll E. Ruppels vom 2.7.1955, *LkA Hannover*, N 60, 374. Vgl. auch die Tagebucheintragung O. Küsters vom selben Tag. Hermann Ehlers hatte schon 1953 davor gewarnt, die nationale Einheit mit „geradezu religiösem Pathos“ aufzuladen (zitiert nach Andreas Meier, *Hermann Ehlers. Leben in Politik und Kirche*, Bonn 1991, 403).

das Einheitsbewußtsein zu stärken wie der Aufruf, für Einheit und Frieden zu beten, wie das der Weltrat der Kirchen vor der Genfer Konferenz getan habe.⁷¹

Insgesamt zeigte sich beim Treffen des Kronberger Kreises Anfang Juli 1955 bezüglich der Wiedervereinigung Orientierungs- und Ratlosigkeit. Die Stärke, die Deutschland nun nach seiner Aufnahme in die NATO erlangt und auf die man so lange die Hoffnung gesetzt hatte, brachte keine Fortschritte in der nationalen Frage. Stattdessen verfestigte sich der Status quo. In dieser Situation sahen die Mitglieder des Kreises die wichtigste Aufgabe darin, das Zusammengehörigkeitsbewußtsein auf beiden Seiten der Grenze wachzuhalten, sich zur staatlichen Einheit zu bekennen und für sie zu beten. Das war die Flucht vor den politischen Realitäten in den religiös-metaphysischen Bereich und der Rückzug auf zwar ernstgemeinte, aber politisch wirkungslose Vereinigungsrhetorik. Da der staatliche Zusammenschluß von Bundesrepublik und DDR angesichts des zunehmend als unveränderbar angesehenen territorialen Status quo in Europa für die nähere Zukunft ausgeschlossen zu sein schien, trat das Thema Wiedervereinigung bei den Kronberger Treffen in der Folgezeit zunehmend in den Hintergrund. Die bündnisimmanenten Konflikte und Friktionen, von denen die westliche Staatengemeinschaft nicht frei blieb, gewannen dagegen in den internen Debatten des Kreises gleichzeitig an Bedeutung. Im Sommer 1956 beschäftigten sich seine Mitglieder bei zwei in ungewöhnlich kurzem Abstand aufeinander folgenden Treffen⁷² mit der veränderten Rolle Deutschlands im westlichen Bündnis. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Krisen in Ungarn und um den Suezkanal war die Balance des westlichen Bündnisses das zentrale außenpolitische Thema der beiden Zusammenkünfte. Allgemein wurden dabei isolationistische Tendenzen in den USA lebhaft beklagt und die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Partnern Frankreich und England als bedrohlich für den Westen eingeschätzt. Um so wichtiger sei, daß Deutschland zuverlässig an der Seite der USA stehe; beide seien „in eigentümlicher Weise aufeinander angewiesen“.⁷³ Nur mit Hilfe eines einigen, starken Westens könnten Fortschritte in Richtung Wiedervereinigung erreicht werden. Die Bündnispartner würden auch weiterhin für Deutschlands Einheitsforderung eintreten, weil sie daran interessiert seien, den Unruheherd eines geteilten Landes mitten in Europa zu beseitigen. Als Gegenleistung für diese Unterstützung des Westens habe Deutschland seinen Beitrag zur westlichen Allianz zu leisten. Auf diesen Zusammenhang könne man

⁷¹ Vgl. das Protokoll E. Ruppels vom 2.7.1955, *LkA Hannover*, N 60, 374.

⁷² Der Kronberger Kreis tagte am 14. und 15.7.1956 in Kronberg und am 25. und 26.8. in Loccum.

⁷³ So drückte sich Landesbischof Lilje in einem Diskussionsbeitrag aus (Protokoll E. Ruppels vom 14.7.1956, *LkA Hannover*, N 60, 374).

aber derzeit bei kirchlichen Veranstaltungen wie Synoden oder Akademietagungen nicht öffentlich hinweisen.⁷⁴

In aller Stille und ohne den Kronberger Kreis von seiner Initiative zu informieren, unterbreitete Otto A. Friedrich im Sommer 1959 Außenminister von Brentano einen eigenen Vorschlag,⁷⁵ wie die Deutschlandpolitik der Bundesregierung flexibilisiert werden könne: Friedrich ging in seinem Memorandum davon aus, daß alle Siegermächte an der „Fixierung des Status quo interessiert“⁷⁶ seien. Im deutschen Interesse dagegen liege es, die Deutsche Frage in Bewegung zu halten. Dazu empfahl Friedrich, mit der „Ostzone“ zwei Abkommen zu schließen, die zum einen die Bevölkerungswanderung von Ost nach West und zum anderen den Güteraustausch in umgekehrter Richtung regeln sollten. So könne der „Entleerung der Zone“ Einhalt geboten und die wirtschaftliche Lage der im Osten Verbliebenen gebessert werden. Bezüglich Berlins hielt Friedrich es für ratsam, die beiden Stadthälften in die Bundesrepublik beziehungsweise die DDR voll zu integrieren und durch Soldaten der jeweiligen Bündnistruppen unter Einschluß von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee militärisch zu sichern. Durch Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene könne Berlin zum „Kristallisationspunkt für die Annäherung beider Teile Deutschlands“ werden. Friedrich drängte darauf, das Tabu einer „de facto‘ Anerkennung der Zone als Staat“ zu brechen.⁷⁷ „Sie kann von uns, die wir an die größere Kraft freiheitlicher Entwicklung glauben, durchaus als Ausgangsbasis für eine evolutionäre Entwicklung des Deutschland-Problems angesehen werden.“ Friedrichs deutschlandpolitischer Vorstoß lag ganz auf der Linie, die die meisten Teilnehmer der Treffen des Kronberger Kreises Ende der fünfziger Jahre eingeschlagen hatten. Weitaus beweglicher als die offizielle Regierungspolitik⁷⁸ liefen die Vorschläge des Hamburger Unternehmers auf eine Politik der kleinen Schritte hinaus, wie sie Jahre später von der Großen Koalition angestrebt wurde. Nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 verlor die Deutsche Frage endgültig ihre Bedeutung in den Kronberger Diskussionen, die sie während der gesamten fünfziger Jahre

⁷⁴ Der Textilfabrikant Ernst Plutte meinte, nicht nur vor der breiten Öffentlichkeit sei das Anliegen des Westens in der gegenwärtigen Situation nicht zu vertreten, auch das Gespräch mit den Pastoren sei in dieser Frage kaum noch möglich (ebd.).

⁷⁵ *ACDP I-093-015/3*. Die erste Seite der Durchschrift trägt den Vermerk „vertraulich“ und das handschriftliche Datum 7.11.1959.

⁷⁶ Memorandum O.A. Friedrichs „Zur deutschen Frage“, *ACDP I-093-015/3*; hieraus auch die folgenden Zitate; vgl. Berghahn, Friedrich, 284–286.

⁷⁷ Ihm war dabei völlig gegenwärtig, wie brisant ein solcher Tabubruch sein würde. An Brentano schrieb er in diesem Zusammenhang: „Es ist mir klar, daß solche Gedankengänge – öffentlich geäußert – gefährlich sein können, es sei denn, daß die Regierung es geradezu wünschte, daß solche Version von einem Mann zur Debatte gestellt wird, der in keiner Weise mit der offiziellen Politik identifiziert werden kann.“ (O.A. Friedrich an H. von Brentano, o. Ort, 11.11.1959, *ACDP I-093-015/3*, dort auch das folgende Zitat).

⁷⁸ Vgl. die Antwort von Brentanos an Friedrich, Bonn, 15.11.1959, *ACDP I-093-015/3*. Der Außenminister lehnte alle Vorschläge Friedrichs rundweg ab. Sie kämen einer Kapitulation des Westens gleich und würden letztlich nur dazu führen, daß Deutschland kommunistisch werde.

eingonnen hatte. Die Deutschlandfrage wurde „internationalisiert“, sie erschien fortan nicht mehr als vorrangig nationales Problem, sondern als Teilaspekt einer globalen Entspannungspolitik.⁷⁹ Die Rolle, die der Bundesrepublik dabei im westlichen Bündnis zukommen sollte, beschäftigte in den sechziger Jahren den Kronberger Kreis bei einer ganzen Reihe seiner Zusammenkünfte. Das Verhältnis der Bundesrepublik zu Frankreich und zu den Vereinigten Staaten, oder genauer, die Frage, ob die „atlantische“ Konzeption oder die französische zu verfolgen sei, kristallisierte sich als Kernfrage westdeutscher Außenpolitik heraus. Die *Kronberger* erkannten in diesem Richtungsstreit die „entscheidende Zukunftsfrage“⁸⁰ für Deutschland. Sie selbst waren durchweg „Atlantiker“ und standen damit an der Seite jener außenpolitischen Denkschule, die Adenauers Kurs des europäischen Bilateralismus mit Frankreich nicht mitsteuerte und statt der europäisch-nationalstaatlichen Option de Gaulles auf die angelsächsisch-atlantische Karte setzte.⁸¹

Die Bündnistreue zu den Vereinigten Staaten und das Bestreben, die Bundesrepublik unter den NATO-Staaten als ‚Musterschüler‘ der Amerikaner erscheinen zu lassen, war unter den *Kronberger* so ausgeprägt, daß trotz der massiven Kritik im In- und Ausland an dem militärischen Engagement der USA in Vietnam Zweifel an der Sinn- und Rechtmäßigkeit des amerikanischen Vorgehens in Südostasien gar nicht aufkamen. Sie glaubten, die in der Bundesrepublik vor allem von den Studenten lautstark geäußerte Kritik am transatlantischen Bündnispartner sei vom Osten gesteuert und basiere auf mangelnder Information über die Ziele des weltweit gegen den Westen operierenden Kommunismus. Deshalb erwarteten sie auch, daß durch gezielte Informationspolitik das falsche Bild in der Öffentlichkeit zu korrigieren sei.⁸²

Trotz mancherlei Skepsis und zahlreicher Vorbehalte, vor allem in sicherheitspolitischer Hinsicht,⁸³ befürworteten die Mitglieder des Kronberger Kreises grundsätzlich eine flexiblere Ostpolitik als Teil einer weltweiten Entspannungspolitik. Sie näherten sich damit außenpolitischen Positionen an, wie

⁷⁹ Nur im Oktober 1964 taucht die Deutsche Frage noch einmal als selbständiger Tagesordnungspunkt bei einem Kronberger Treffen auf. Ende der sechziger Jahre wagten die Mitglieder des Kronberger Kreises keine zeitliche Prognose für Fortschritte in der Deutschen Frage mehr. Gerhard Schröder meinte lediglich, was sich in 10 bis 20 Jahren in den kommunistischen Staaten verändern werde, sei noch nicht abzusehen. Ein Bewußtseinswandel dort sei aber die Voraussetzung für eine mögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten. (Siehe die Log-Notizen O.A. Friedrichs vom 10.3.1968, ACDP I-003-052/3).

⁸⁰ Vgl. Log-Notizen O.A. Friedrichs vom 12.3.1966, ACDP I-093-049/2.

⁸¹ Siehe zur sog. ‚Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse‘ Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969*, Stuttgart 1984, 99–111; Eckart Conze, *Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963*, München 1995, sowie die Hinweise bei Doering-Manteuffel, *Bundesrepublik*, 121 f.; Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963*, Stuttgart 1983, 255 f.; ders., *Adenauer 1952–1967*, 810–826.

⁸² Nach den Log-Notizen O.A. Friedrichs vom 26.11.1967 (ACDP I-093-052/1) gab es zwischen den Teilnehmern der Diskussion keinerlei Differenzen bezüglich der Einschätzung des Vietnam-Krieges.

⁸³ Vgl. z.B. die Rede Kai Uwe von Hassels, die er im Februar 1963 vor dem Council on Foreign Relations in New York gehalten hatte. (Abgedruckt in: Kai Uwe von Hassel, *Verantwortung für die Freiheit. Auszüge aus Reden und Veröffentlichungen in den Jahren 1963/64*, Boppard am Rhein 1965, 45–54).

sie von der SPD, die ihre neue Ostpolitik mit dem aufsehenerregenden Referat Egon Bahrs im Juli 1963 unter dem Stichwort ‚Wandel durch Annäherung‘ der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, aber auch von Liberalen in der US-Administration vertreten wurde. Die im Oktober 1965 veröffentlichte sogenannte Ostdenkschrift der EKD, die als wichtige geistige Voraussetzung für die spätere Ostpolitik der sozialliberalen Ära gilt,⁸⁴ wurde deshalb auch von den *Kronbergern* befürwortet und mitgetragen. Unter dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ warb sie für eine Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen und rief zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auf.⁸⁵ Im November erläuterte Richard von Weizsäcker dem Kronberger Kreis die Denkschrift und kommentierte die vier Abschnitte der Erklärung.⁸⁶ Trotz Kritik an einzelnen Textpassagen – Lilje etwa war mit den theologischen Thesen zum Thema Heimat nicht völlig einverstanden, und von Hassel meinte, die Denkschrift zeichne die Lage der Vertriebenen in der Bundesrepublik zu negativ – stimmte die Mehrheit mit Anliegen und Ziel der Publikation überein. Heftige Reaktionen erfolgten auf den Redebeitrag Verteidigungsminister von Hassels, als dieser den Standpunkt der Bundesregierung darlegte: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bedeute die Aufgabe eines Rechtsstandpunktes ohne Gegenleistung, sie führe nicht zur Versöhnung, sondern schwäche nur die deutsche Position. Auf dem Heimatrecht, dem Anspruch der Vertriebenen in ihre alte Heimat zurückzukehren und dort zu leben, müsse bestanden werden, auch wenn die Grenzen nicht mehr verändert werden könnten.⁸⁷ Demgegenüber erklärte Eberhard Müller⁸⁸ – „in fanatischer Erregung“ wie Friedrich festhielt – das Heimatrecht sei „ein Traum“, dem die Realität nicht entspreche. Die Rückkehr der Vertriebenen sei nur durch die neuerliche Vertreibung der heute dort lebenden Polen zu realisieren. 95 Prozent der ehemaligen Bewohner würden unter solchen Bedingungen gar nicht zurückkehren wollen; das Pochen auf dem Heimatrecht liefere dem Ostblock nur willkommene Munition für

⁸⁴ Karl Herbert bezeichnete die Denkschrift als einen „für die politische Entwicklung zukunftsweisenden Vorgang“ (Herbert, *Kirche zwischen Aufbruch und Tradition*, 324), Klaus Hildebrand sah die Kirche als „Blockadebrecher“ in Richtung neuer Ostpolitik (Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition*, 194 f.), und Martin Greschat urteilte: „Tatsache ist, daß die evangelische Kirche mit diesem Text und der leidenschaftlichen Diskussion, die er auslöste, erheblich zur Durchsetzung der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn unter Bundeskanzler Willy Brandt beigetragen hat.“ (Martin Greschat, „Die Kirchen in den beiden deutschen Staaten nach 1945“, in: Jochen-Christoph Kaiser (Hg.), *Protestanten in der Zeit. Kirche und Gesellschaft in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, Stuttgart-Berlin-Köln 1994, 180-200, hier 195).

⁸⁵ Zum Inhalt der Denkschrift und zu den Reaktionen auf ihre Veröffentlichung vgl. Herbert, *Kirche zwischen Aufbruch und Tradition*, 324–346.

⁸⁶ Die folgende Darstellung der Debatte basiert auf den Log-Notizen O.A. Friedrichs vom 7.11.1965, *ACDP I-093-048/4*. Ihnen wurden auch die Zitate entnommen.

⁸⁷ Ob von Hassel hier nur die offizielle Einschätzung der Bundesregierung wiedergab oder seine eigene Meinung darlegte, ist aus den Notizen Friedrichs nicht zu entnehmen.

⁸⁸ Eberhard Müller gehörte mit Ludwig Raiser und Erwin Wilkens zu den wichtigen Mitarbeitern an der Denkschrift, vgl. Lilje, *Memorabilia*, 183.

antideutsche Propaganda. Richard von Weizsäcker unterstützte Müllers engagiertes Plädoyer für die Denkschrift, und der sonst so zurückhaltende Reinold von Thadden bekannte, er bejahe sie „leidenschaftlich“. Seiner Stellungnahme zu diesem Thema kam besondere Bedeutung zu, denn schließlich war er der einzige im Kreis, „der das repräsentiert, um was es sich handelt.“ Die heutige Realität, so führte er aus, sei eine Folge des nationalsozialistischen Krieges, von „selbstverschuldetem, leichtsinnigem, gesinnungslosem Handeln“. Scharf griff Thadden die Vertriebenenverbände an: Sie seien so realitätsfern, daß sie „naive, rührende, fast komische Vorstellungen“ von einer möglichen Rückkehr in die frühere Heimat entwickelten. Bischof Lilje ergriff ebenfalls für die Denkschrift das Wort. Ihm war am wichtigsten, daß die Kirche endlich den Mut aufgebracht hatte, die notwendige öffentliche Diskussion über die verlorenen Ostgebiete in Gang zu bringen, um so das Thema emotional zu entschärfen und einer späteren deutschen Regierung Handlungsfreiheit zu ermöglichen.

Die klare Zustimmung des Kronberger Kreises zur Ostdenkschrift kennzeichnet das Ende eines Prozesses, durch den im Laufe der fünfziger und frühen sechziger Jahre das nationalprotestantische Paradigma nach und nach abgelöst und durch eine neue Sicht der internationalen politischen Zusammenhänge ersetzt worden war, in der die Deutsche Frage nicht mehr in erster Linie als Problem der Deutschen, sondern als Aufgabe einer gemeinsamen Politik des Westens gegenüber der Sowjetunion und ihrer Satelliten wahrgenommen wurde. In der Befürwortung und öffentlichen Verteidigung der Ostdenkschrift liefen im Gesamtprozeß der ideellen Westeinbindung der Bundesrepublik – wenn auch nur vorübergehend und begrenzt auf eine einzelne, allerdings zentrale Frage – die Traditionslinien des lutherischen und barthianischen Flügels im deutschen Nachkriegsprotestantismus wieder zusammen. Diese neue – und für viele überraschende Gemeinsamkeit⁸⁹ – war ein Ergebnis des Westernisierungsprozesses der Bundesrepublik. Denn auch die national-neutralistische Strömung im deutschen Protestantismus war im Verlauf der fünfziger Jahre Einflüssen ausgesetzt, die in erster Linie mit ihrem Schwenk nach „links“ zusammenhing, der 1957 im Eintritt Heinemanns und seiner Gefolgsleute in die SPD gipfelte.⁹⁰ Damit war erstmals eine größere Gruppe pointiert evangelischer Christen zur Sozialdemokratie gestoßen, ein Vorgang, der sowohl für die Partei als auch für die Neueinge-

⁸⁹ Selbst in Karl Herberts 1989 erschienener Darstellung der Nachkriegsgeschichte der evangelischen Kirche war die Verwunderung über diese bis dahin unbekannte Einigkeit noch deutlich zu bemerken, vgl. Herbert, *Kirche zwischen Aufbruch und Tradition*, 336 f.

⁹⁰ Die Interpretation, die die Arbeiten von Diether Koch durchzieht (Koch, *Heinemann*, sowie ders., „Gustav W. Heinemann“, in: Martin Greschat (Hg.), *Gestalten der Kirchengeschichte*, Bd. 10,2. Die neueste Zeit IV, Stuttgart-Berlin-Köln 1993, S. 225-243), Heinemann sei schon immer politisch linksorientiert gewesen und habe sich quasi in die CDU „verirrt“, verdeckt den Wandel, der innerhalb des neutralistischen Flügels der evangelischen Kirche im Laufe eines Jahrzehnts vonstatten ging.

tretenen nicht ohne Auswirkungen blieb. Die SPD war in jenen Jahren von dem zähen Ringen um eine Reform der Parteiprogrammatik gekennzeichnet und befand sich mitten in einem Umbruch, der im Godesberger Programm an sein vorläufiges Ziel kommen sollte. Dazu gehörte auch eine Revision antiklerikaler Positionen in der SPD, um zu einem neuen Verhältnis zwischen den Kirchen und der Sozialdemokratie zu gelangen. Hier konnten die sozialdemokratischen Reformkräfte auf die Unterstützung der neuen evangelischen Parteimitglieder rechnen. Zugleich gerieten diese selbst aber in der SPD in den Bannkreis der eigentlichen Protagonisten des westlichen Ideologieangebots in Deutschland. Denn die sozialdemokratischen Parteireformer, vorwiegend mit Exilerfahrung während des Dritten Reiches, waren die politische Gruppe, die am entschiedensten die geistige Westorientierung in der Bundesrepublik vorantrieb.⁹¹ Sie arbeiteten beharrlich darauf hin, marxistische Elemente in der sozialdemokratischen Programmatik zurückzudrängen, um so die SPD zu einer modernen Volkspartei umzugestalten und für neue Wählerschichten außerhalb der Arbeiterschaft attraktiv zu machen. Die kirchlich gebundenen Protestanten unter den Sozialdemokraten, zumeist bürgerlicher Herkunft und ohne SPD-typischen ‚Stallgeruch‘, stellten sich bald auf die Seite der Parteireformer,⁹² die den Prozeß der Entideologisierung der Partei zu forcieren suchten. Als sie sich innerparteilich durchsetzten und die SPD im Jahr nach der Verabschiedung des Godesberger Programms auch die außen- und deutschlandpolitischen Weichenstellungen der Adenauer-Ära weitgehend akzeptierte, verschwanden die von den kirchennahen Protestanten vertretenen neutralistischen Positionen schnell aus den politischen Debatten. Das war das Ergebnis eines Verwestlichungsprozesses eigener Art, der von Teilen der SPD getragen und befördert in den „linken“ Flügel des Protestantismus hineinreichte und die Neutralisten in der nationalen Frage in den breiten Konsens der bundesdeutschen Bevölkerung einband.⁹³ Der Mitvollzug der „Westernisierung“ der Sozialdemokratie hatte aber noch weiterreichendere Rückwirkungen auf „linke“ Protestanten. Sie entstammten vorwiegend den barthianisch geprägten ‚radikalen‘ Bruderräten und waren daher einem Demokratieideal verpflichtet, das die direkte Demokratie mit stark ausgeprägten plebiszitären Elementen nach Schweizer Vorbild eindeutig höher achtete als die repräsentativ-demokratischen Verfassungen der westeuropäisch-angloamerikanischen Staaten. Obwohl daraus

⁹¹ Vgl. dazu Anselm Doering-Manteuffel u.a., „Wie westlich sind die Deutschen?“ in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 3. 1996, 1-38, hier 26.

⁹² Karl Schmitt urteilt: „Bezeichnenderweise waren die bewußten Protestanten in der SPD diejenigen, die das Entideologisierungsprogramm der Partei am nachdrücklichsten vorantrieben.“ (Karl Schmitt, *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989, 90).

⁹³ Wie die ideelle Westeinbindung im Bereich des barthianisch geprägten und sich im Laufe der fünfziger Jahre der SPD zuwendenden Flügels des kirchlichen Protestantismus im einzelnen ablief, müßte in einer

noch nicht auf eine generelle antiwestliche Einstellung geschlossen werden kann, wie sie sich beispielsweise bei Martin Niemöller in dessen teilweise irrationalem Antiamerikanismus manifestierte, zeigten die Demokratievorstellungen der ‚Barthianer‘ doch ein deutliches Mißtrauen gegenüber dem westlich-parlamentarischen System und waren deshalb nicht mit den Prinzipien liberaler Demokratie in Deckung zu bringen, die zum Zentralbestand des westlichen Ideologieangebots gehörten. In diesem Bereich scheinen sich die politischen Einstellungen in ganz ähnlicher Weise verändert zu haben, wie das auch in der nationalen Frage zu beobachten war. Die Mehrheit der ‚linken‘ Protestanten im Einflußbereich der Sozialdemokratie baute ihre Vorbehalte gegenüber dem parlamentarisch-repräsentativen System sukzessive ab, wozu nicht zuletzt die Regierungsbeteiligung der SPD in der Großen Koalition und der ‚Machtwechsel‘ des Jahres 1969 beigetragen haben dürften. Das antiparlamentarische Ressentiment der Außerparlamentarischen Opposition, das in der Friedensbewegung und den neuen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre wiederauflebte, kann demnach nicht direkt auf diese Traditionslinie zurückgeführt werden. Die Akteure waren andere und sie handelten vor einem anderen Hintergrund, nämlich dem gesamtwestlichen gesellschaftlichen und politischen Wandel, den die Bundesrepublik als Teil des Westens mitvollzog.

Die „Westernisierung“ der *Kronberger* war dagegen in ganz anderen Etappen und anderen Formen verlaufen. Sie waren seit den zwanziger Jahren in internationalen ökumenischen Gremien präsent und arbeiteten hier mit ausländischen Verfechtern westlich-demokratischer Ideen zusammen. In Deutschland unterhielten sie dagegen keine Kontakte zu den aktiven Protagonisten der ideellen Westintegration und gehörten keiner Partei oder Gruppierung an, die sie in ihrem Bestreben, sich westliche Wertvorstellungen anzueignen, direkt unterstützt hätte. Ihr politischer Bezugspunkt war vielmehr die CDU,⁹⁴ eine Partei, die zwar den politischen Westkurs Adenauers mit all seinen Konsequenzen in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht mittrug, die dabei aber nur bedingt auch ideell ‚westlich‘ im Sinne des anglo-amerikanisch geprägten Ideologieangebots war. Unter der autoritären „Kanzlerdemokratie“⁹⁵ Adenauers wirkten

eigenen Studie erst noch genauer untersucht werden. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit sind lediglich allgemeine, vom Ergebnis dieses Verwestlichungsprozesses her begründete, Aussagen darüber möglich.

⁹⁴ Während der gesamten Zeit seines Bestehens stand der Kronberger Kreis der CDU nahe und zählte zahlreiche führende evangelische Politiker der Union zu seinen Mitgliedern. Über die Kooptation von einigen Sozialdemokraten ist wiederholt nachgedacht und diskutiert worden. Stets wurden dahingehende Vorschläge aber mit dem Argument zurückgewiesen, Angehörige der SPD besäßen eine zu starke Parteibindung, weshalb ihnen in Zweifelsfällen das Parteiinteresse wichtiger sei als ihre Loyalität gegenüber der Kirche und dem Kronberger Kreis (Vgl. das Protokoll Ruppels vom 26./27.11.1951, *LkA Hannover*, N 60, 374).

⁹⁵ Siehe dazu Doering-Manteuffel, *Bundesrepublik*, 24-29, sowie ders., „Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie“, in: *Der Staat* 30. 1991, 1-18.

in der CDU in vielfältiger Weise Traditionen weiter, die den deutschen Katholizismus seit dem Kaiserreich geprägt hatten und die mit dem westlichen Wertvorstellungen nur schwer in Einklang zu bringen waren. Dazu gehörte etwa die Idee der Berufsständischen Ordnung, die Pius XI. 1931 in seiner Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘ als Bestandteil der katholischen Soziallehre propagiert hatte und die als Relikt konservativ-ständestaatlicher Gedanken des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts im Nachkriegskatholizismus eine kurzzeitige Renaissance erlebte. Dazu gehörte auch der Gedanke des ‚christlichen Abendlands‘,⁹⁶ der auf ein idealisiertes Verständnis der Bedeutung des Christentums im Mittelalter und in der Frühneuzeit zurückgriff und der europäischen Integration ein geistiges Fundament zu geben suchte, in kultureller und gesellschaftspolitischer Hinsicht aber reaktionär war.⁹⁷ Zudem war der deutsche Katholizismus seit dem 19. Jahrhundert viel enger mit dem katholischen Frankreich verbunden und von dort beeinflusst, als mit der angelsächsischen Welt vertraut. Das Verhältnis der Katholiken zur Demokratie wurde deshalb auch in wesentlich stärkerem Maße von den massiven Vorbehalten gegenüber dem Demokratiemodell der verhaßten Französischen Revolution bestimmt, als von den – vorwiegend positiv beurteilten – parlamentarischen Traditionen der angelsächsischen Welt.⁹⁸ Daran hatte auch das Wirken des Zentrums in der Weimarer Republik nichts Grundlegendes geändert. In einem Bereich allerdings fiel es den Katholiken – erstmals in einem deutschen Staate als Konfession in etwa gleich stark wie die Protestanten und daher mit einem ganz neuen Selbstbewußtsein ausgestattet – wesentlich leichter als den Protestanten, sich in die westliche Gemeinschaft zu integrieren. Durch ihre Zugehörigkeit zu einer weltumspannenden kirchlichen Gemeinschaft mit ihrem Zentrum ‚ultra montes‘ in Rom war ihnen der Gedanke an supranationale Organisationen nicht fremd. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag es daher für Katholiken näher als für die stärker national orientierten Protestanten, für den Gedanken der europäischen Integration einzutreten, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich rasch zeigte, daß die katholischen Staaten Frankreich und Italien die wichtigsten Partner der Bundesrepublik in Westeuropa sein würden. Es gab also in der katholischen Tradition neben konservativ-reaktionären Elementen auch durchaus solche von „Westlichkeit“, allerdings eher eine aus religiösen Wurzeln erwachsende und eurozentrisch geprägte als westlich-atlantische.

⁹⁶ Zum Begriff des ‚christlichen Abendlands‘ siehe Heinz Hürten, „Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen“, in: Albrecht Langner (Hg.), *Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800*, Paderborn-München 1985, 131-154.

⁹⁷ Vgl. Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und ‚Zeitgeist‘ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, 333 f.

⁹⁸ Vgl. Michael J Inacker, *Zwischen Transzendenz, Totalitarismus und Demokratie. Die Entwicklung des kirchlichen Demokratieverständnisses von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik (1918-1959)*, Neukirchen-Vluyn 1994.

Fragt man nach der Bedeutung des Kronberger Kreises und seiner Positionen im Gesamtrahmen des Protestantismus darf nicht ausschließlich seine Gegnerschaft zu dessen barthianisch geprägtem Flügel betrachtet werden. Denn dieser „verwestlichte“ sich wie oben dargestellt ebenfalls, wenn auch auf anderen Wegen als die *Kronberger*. Daneben gab es aber eine in ihrer Größe und ihrem Gewicht schwer einzuschätzende Gruppe von – zumeist kirchlich eher weniger eng gebundenen – Protestanten, die sich den westlichen Einflüssen erfolgreich entzogen und im nationalkonservativen Ressentiment gegen die Bundesrepublik verharrten. Sie fanden ihre politische Heimat teils im nationalliberalen Flügel der FDP,⁹⁹ teils in den vorwiegend protestantisch geprägten konservativen und rechten Parteien, deren regionale Schwerpunkte vor allem in Norddeutschland lagen. Der Einfluß rechtskonservativer Parteien blieb allerdings beschränkt und im Zuge der bundesdeutschen Parteienkonzentration der fünfziger Jahre verloren sie fast vollständig ihre Bedeutung. Daß die ideelle Ausstrahlungskraft derer, die sich dem Prozeß der „Westernisierung“ verweigerten, eingedämmt werden konnte und aufs Ganze gesehen keine entscheidende Rolle spielte, dürfte zum guten Teil der zunehmenden Akzeptanz zu verdanken sein, die Mischformen westlicher und deutscher Vorstellungen, wie sie vom Kronberger Kreis vertreten wurden, im Laufe der fünfziger Jahre fanden. Dessen vermittelnde Positionen zwischen deutsch-lutherischen Traditionen und westlich-atlantischen Ideen wirkten angesichts des wirtschaftlichen und politischen Erfolgs der Bundesrepublik zunehmend attraktiv auf die nachwachsende Generation, die selbst noch aus nationalkonservativen Elternhäusern stammte, aber den deutschen Weststaat immer stärker als selbstverständlichen Teil der westlich-atlantischen Gemeinschaft begriff und bereit war, sich in diese Gegebenheiten einzupassen. Indem bestimmte Themenfelder im Sinne der von den *Kronbergern* propagierten Mischform deutscher und westlich-atlantischer Denkkategorien besetzt wurden, schrumpfte der Aktionsraum für die Verfechter traditioneller autoritärer und antidemokratischer Ideen im deutschen Protestantismus. Für die Vermittlung ihrer Ideen und Anschauungen nutzten die *Kronberger* vorwiegend nach 1945 neugeschaffene Institutionen und Medien.¹⁰⁰ Die gesellschaftliche Resonanz des anti-bundesrepublikanischen Ressentiments und die Reichweite der westlichen Vorstellungen

⁹⁹ Vgl. dazu Lothar Albertin, „Das theoriearme Jahrzehnt der Liberalen“, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hgg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, 659-676.

¹⁰⁰ Als ‚Schnittstellen‘ zur Öffentlichkeit dienten den Mitgliedern des Kronberger Kreises vor allem die Evangelischen Akademien, besonders die Akademien Hermannsburg/Loccum und Bad Boll, Liljes Hamburger Sonntagsblatt sowie der Deutsche Evangelische Kirchentag und der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU; vgl. Sauer, *Westorientierung*, 239-281, zum Evangelischen Arbeitskreis siehe den Beitrag von Torsten Oppeland in diesem Band.

konträren ideellen Traditionsbestände im Protestantismus wurde so beschnitten und die Zahl derer, die auf Distanz zur Bundesrepublik beharrten – sei es aus nationalen Gründen oder aufgrund der Ablehnung des politischen Systems – sank im Laufe der Zeit. Parallel dazu entfaltete sich die integrative Wirkung des westlich-atlantischen Ideologieangebots. Sie war von den Mitgliedern des Kronberger Zusammenschlusses ausdrücklich gewünscht und gewollt, und sie zu fördern war ein erklärtes Ziel des Kreises. Hier fiel das Wunschziel der *Kronberger* mit einem zentralen Anliegen des westlichen Ideologieangebots zusammen. Ein schicht- und parteiübergreifender Konsens sollte Staat und Gesellschaft tragen und in der weltpolitischen Auseinandersetzung mit dem totalitären Osten stärken.

Konkret hieß das für die *Kronberger* beispielsweise, Konflikte zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sollten ohne Streik, rein auf dem Verhandlungswege entschärft und einer Lösung zugeführt werden. Auf den politischen Bereich bezogen, hatte das Idealbild der konsensgeleiteten Gesellschaft zur Folge, daß die Mitglieder des Kronberger Kreises die Entwicklung der Sozialdemokratie zur staatstragenden Partei ausdrücklich befürworteten und schon 1956 diskutierten, ob der Wandel innerhalb der SPD nicht durch die Einbindung der Partei in eine Große Koalition unterstützt werden könnte. Als die Sozialdemokraten dann 1966 tatsächlich mit der CDU eine Große Koalition bildeten, glaubten sich die *Kronberger* am Ziel ihrer Wünsche. Erstmals in der kurzen Geschichte der Bundesrepublik, so schien es, wurde der Staat durch eine von beiden großen Volksparteien getragene und von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptierte Regierung geführt, die in der Lage sein würde, pragmatisch und ohne ideologischen Ballast, die anstehenden Probleme zu lösen.

Um so heftiger war der Schock, den die gewaltsamen Studentenproteste auslösten und die von den *Kronbergern* als Reideologisierung und Angriff auf den erreichten gesellschaftlichen Konsens gewertet wurden. Ihre Reaktion, zumal die der älteren Mitglieder des Kreises, auf die unerwartete Infragestellung des so lange herbeigewünschten Konsenses bestand vor allem im Ruf nach strafenden und disziplinierenden Maßnahmen des Staates. Jetzt zeigte sich, daß unter besonderen Umständen die konservativ-autoritären Elemente jener deutsch-westlichen Mischkultur wieder stärker zur Geltung kommen konnten, als das in den Jahren zuvor der Fall gewesen war. Sie waren also im Prozeß der ‚Westernisierung‘ nicht einfach verschwunden, sondern lebten modifiziert und in vielerlei Hinsicht abgemildert und in den demokratischen Grundkonsens eingebunden weiter. Trotz dieser Tatsache – und dies gilt es ausdrücklich hervorzuheben – lagen die Positionen, die im Kronberger Kreis vertreten wurden eindeutig innerhalb des Spektrums westlich-atlantischer Demokratievorstellungen, wenn auch eher an deren

„rechtem“, konservativem Rand. Die politisch-gesellschaftlichen Leitbilder der *Kronberger* können als ein nicht repräsentatives, aber typisches Beispiel für das geistige Klima der Bundesrepublik zwischen den Polen national-deutscher und westlich-atlantischer Orientierung gelten, wie es vor allem in konservativ-bürgerlichen Kreisen anzutreffen war. Typisch ist das Beispiel auch deshalb, weil sich im Kronberger Kreis Persönlichkeiten zusammenfanden, die aus der ‚Mitte‘ der Gesellschaft kamen, aus jener bürgerlichen protestantischen Schicht, die schon im Kaiserreich zur staatstragenden Elite gehört hatte. Auch in der jungen Bundesrepublik rekrutierte sich ein guter Teil des Führungspersonals in Wirtschaft, Politik, Kirche und Verbänden aus diesen Kreisen und trotzdem wehte jetzt ein anderer ‚Geist‘. Obwohl die *Kronbergereiner* Gesellschaftsschicht entstammten und von genuin deutschen Traditionen beeinflusst waren, die eine relativ große Distanz zu westlich-atlantischen Ideen aufwiesen, haben sie der ideellen Westeinbindung nicht entgegengearbeitet, sondern sie im bewußten Mitvollzug der politischen Richtungsentscheidungen der Adenauer-Ära – unbewußt, aber nicht ungewollt – vorangetrieben. Das war nur möglich, weil das Fundament für die spätere ‚Anverwandlung‘ westlicher Wertvorstellungen bereits in der Weimarer Republik durch internationale kirchliche Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Kooperation gelegt worden war, daran gilt es noch einmal zu erinnern. Die neuen, westlich-atlantischen Ideen fielen deshalb zumeist auf fruchtbaren Boden und konnten sich im Zuge eines Elitenaustausches im bundesdeutschen Protestantismus Gehör verschaffen und allmählich zunehmend Akzeptanz gewinnen. Der Kronberger Kreis hat in diesem Prozeß eine wichtige Rolle gespielt, auch wenn die Reichweite der von ihm vertretenen Anschauungen nicht exakt zu bestimmen ist.

Unter dem Blickwinkel der Fragestellung nach der ideellen Westeinbindung der Bundesrepublik stellt sich der westdeutsche Protestantismus als Ganzes nicht als eine Gegenkraft gegen die ‚Westernisierung‘ dar. Sowohl ‚Barthianer‘ wie ‚Lutheraner‘ durchliefen von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehend je spezifische Entwicklungsprozesse auf ihrem Weg ‚in den Westen‘; die Zahl der Abseitsstehenden, von diesen Veränderungen Unbeeindruckten und Unbeeinflussten nahm im Laufe der Zeit ab. Für den hier näher untersuchten lutherisch geprägten Protestantismus gilt es festzuhalten, daß es in ihm schon zu Weimarer Zeiten Kräfte gab, die die nationale Enge ihrer mehrheitlich noch national fixierten Konfession verlassen hatten und zu neuen Ufern aufgebrochen waren. Diese neuen Impulse kamen aber weder in den zwanziger noch in den frühen dreißiger Jahren über Ansätze hinaus, die auf breitere Resonanz stießen, sondern blieben vielmehr auf kleine Zirkel beschränkt. Unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur und des Zweiten Weltkrieges war schon gar nicht zu denken, neuartige Konzepte zu

verwirklichen. Erst im veränderten geistigen Klima der Nachkriegszeit wurden die schlummernden Potentiale geweckt und konnten ihre Wirkung entfalten.

Die Existenz der zuerst von der Mehrheit der Protestanten kaum wahrgenommenen und später vom Nationalsozialismus unterdrückten zukunftsweisenden Neuansätze innerhalb der evangelischen Kirche der Weimarer Republik erschließt sich nur von ihrer Wirkungsgeschichte in der Bundesrepublik her. Ideen und Dispositionen, die aufgrund widriger politisch-gesellschaftlicher Bedingungen nicht in die Tat umgesetzt werden können, bleiben dem Historiker nicht selten verborgen. Die Untersuchung der Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands unter der ‚Westernization‘-Fragestellung eröffnet dagegen die Möglichkeit, zunächst an den Rand gedrängte und später wieder aufgenommene und für die demokratische ‚Erfolgsgeschichte‘ der Bundesrepublik fruchtbar gemachte Traditionslinien zu ihren Ursprüngen zurückzuerfolgen. Insofern richtet sich das Interesse auch auf die deutschen Wurzeln und ursprünglich deutschen Anteile im demokratischen Denken der Bonner Republik. Dabei zeigte sich im vorliegenden Fall des Kronberger Kreises, daß kaum Druck ausgeübt werden mußte, um die angeblich den Deutschen von außen ‚aufgezwungene‘ Staatsform der westlich-parlamentarischen Demokratie durchzusetzen. Vielmehr konnte das westlich-atlantische Ideologieangebot hier an vorhandene, aber marginalisierte, westlichen Ideen offen gegenüberstehende Traditionslinien anknüpfen und so seine integrative Wirkung entfalten. Daß sich in dem folgenden langdauernden Prozeß der ‚Westernisierung‘ die Positionen der *Kronberger* die ihre national-konservative Herkunft nie völlig hinter sich ließen, weiter veränderten und eine spezifische deutsch-westlich Mischkultur entstand, hat wesentlich mit dazu beigetragen, konservativ-protestantische Strömungen deutschen politischen Denkens in den Hauptstrom westlicher Demokratievorstellungen einzubinden.